



Presseschau vom 20.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: Sicherheitsexperte Krause: Auch eine 'Rumpf'-Ukraine sollte in die NATO aufgenommen werden

Die Erweiterung der NATO um Finnland und Schweden könnte nur Auftakt dafür sein, auch die Ukraine auf Biegen und Brechen in das westliche Militärbündnis zu holen. Die russischen Sicherheitsinteressen werden dabei negiert, eine Teilung der Ukraine ist aber bereits einkalkuliert. ...

<https://kurz.rt.com/2z2v> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyen: Nach Affenpocken ein Planspiel mit Leopard-Pocken – G7-Gesundheitsminister simulieren neue Pandemie

Das jüngste Pandemie-Planspiel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Gesundheitsminister der G7-Staaten gilt einem Pocken-Ausbruch im Jahre 2023. Dabei sind "Jugendliche von den 'Leopard-Pocken' unverhältnismäßig stark betroffen – sterben häufig daran", so das Szenario. Gastgeber für die Tagung ist Karl Lauterbach in Berlin. ...

<https://kurz.rt.com/2z52> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Willkommen in Russlands Familie – Aufbauprogramm für befreite Gebiete der Südukraine angekündigt

Während um viele Städte im Donbass noch gekämpft wird, läuft in den befreiten Gebieten im Süden der Ukraine die Integration mit Russland bereits auf Hochtouren. Ein hoher Gast aus Russland hat bei seinem Besuch in Cherson und Melitopol bereits große Pläne für einen Wiederaufbau der Region verkündet. ...

<https://kurz.rt.com/2z6f> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Der Ersatz für das russische Öl – Joe Biden zieht die venezolanische Karte
Solange die USA selbst die größten Ölreserven der Welt (in Venezuela) vor der eigenen Haustür haben, ist es für sie relativ ungefährlich, Deutschland in eine Energie-Sackgasse zu treiben. Die Vereinigten Staaten pokern hoch, doch riskieren wenig. ...

<https://kurz.rt.com/2z4b> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Kriegsanleihen – die EU plant, sich für die Ukraine zu verschulden

Die EU plant erneut eine Schuldenaufnahme. Dieses Mal, um die Kriegsfolgekosten in der Ukraine zu finanzieren. Der Schritt würde die Ukraine enger an die EU binden, die Kommission würde ihre Macht ausweiten, aber der Euro würde weiter an Bedeutung verlieren. ...

<https://kurz.rt.com/2z1i> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Es wird Nacht über Deutschland, aber ich will mich dieser Dunkelheit nicht beugen" – Ein Abschied

Alles, was ich künftig schreibe, wird nicht mehr auf deutschem Boden geschrieben. Um mit Worten für ein Deutschland einzustehen, das den Völkern wie sich selbst ein Segen, kein Fluch ist, scheint es abermals geboten, zu gehen. ...

<https://kurz.rt.com/2ysy> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:09 (18:09) deu.belta.by: **Lukaschenko: Belarus kauft russische Raketensysteme Iskander und S-400**

Belarus hat in Russland die ausreichende Menge der Raketensysteme Iskander und S-400 gekauft. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute bei den Gesprächen mit dem Gouverneur des russischen Gebiets Nischni Nowgorod Gleb Nikitin. „Wir haben mit Wladimir Putin eine Vereinbarung getroffen. Wir haben für unsere Armee in Russland die notwendige Menge an Raketensystemen Iskander und S-400 gekauft. Nun ist unsere Armee eine ganz andere mit dieser Art der Ausrüstung. Mit diesen Raketen können wir dem Feind einen kolossalen Schaden zufügen“, erklärte der Staatsoberhaupt. Er wies darauf hin, dass Belarus seine industrielle Basis beibehalten und weiterentwickelt hat. Die einheimische Militärindustrie stelle viele Qualitätsprodukte her. „Wir haben mit Putin über Raketenbau gesprochen. Russland wird helfen, jene Raketen zu perfektionieren, die wir bereits bauen. Wir haben große Fortschritte gemacht, aber mit den russischen Partnern werden wir schneller eine normale Rakete entwickeln. Russland hat mehr Kompetenzen. Wir können natürlich auch selbst eine Rakete bauen, aber wir würden dafür mehr Zeit brauchen. Mit klugen Spezialisten können wir bis zum Jahresende ein Raketensystem vom Typ Iskander geschaffen haben. Das ist eine sehr gute Waffe“, sagte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1652976613_60732_big.jpg

19:13 de.rt.com: **Medienberichte: Indien will veräußerte westliche Vermögenswerte in Russland aufkaufen**

Medienberichten zufolge will Indien die Anteile von Exxon und Shell an Sachalin-Energieprojekten erwerben. Die indische Oil and Natural Gas Corporation erwägt den Kauf weiterer Anteile an russischen Öl- und Gasfeldern von westlichen Firmen, die das Land verlassen wollen.

Die indische Oil and Natural Gas Corporation (ONGC) erwägt den Kauf weiterer Anteile an russischen Öl- und Gasfeldern von westlichen Firmen, die das Land verlassen wollen. Das berichtete die Economic Times am Donnerstag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Laut der Wirtschaftszeitung geschehe dies selbst dann, wenn das erste Angebot des indischen Unternehmens für die 50-prozentige Beteiligung von Shell an den sibirischen Salymsk-Ölfeldern nicht angenommen werde. Eine der Quellen sagte demzufolge:

"Der Krieg wird nicht ewig dauern, und die Sanktionen auch nicht. Wir müssen handeln, um unsere Energieversorgung zu sichern. Wir verstehen das Risiko und sind bereit, es

einzugehen."

Die ONGC erwägt, ein Angebot für den 30-prozentigen Anteil von ExxonMobil am russischen Projekt Sachalin 1 und den 27,5-prozentigen Anteil von Shell am Projekt Sachalin 2 abzugeben. Das Unternehmen besitzt bereits einen Anteil von 20 Prozent an Sachalin 1. Die Quellen verriet, dass ONGC zusammen mit anderen indischen Unternehmen auch erste Gespräche über den möglichen Erwerb der 20-prozentige Beteiligung von BP an der russischen Rosneft geführt habe.

Große westliche Ölgesellschaften wie BP, Shell und ExxonMobil haben kürzlich angekündigt, dass sie sich aufgrund der westlichen Sanktionen aus ihren Öl- und Gasgeschäften in Russland zurückziehen wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628671ad48fbef0c1031b218.jpg>

20:00 de.rt.com: **US-Kongress billigt milliardenschweres Hilfspaket für die Ukraine**

Der US-Senat hat ein neues Hilfspaket für die Ukraine in Rekordhöhe von fast 40 Milliarden US-Dollar beschlossen. Eine große Mehrheit von 86 Senatoren stimmte für die Gesetzesinitiative, die zuvor vom US-Repräsentantenhaus durchgesetzt worden war, 11 Abgeordnete waren dagegen. Die Vorlage wurde nun zur Unterzeichnung an US-Präsident Joe Biden weitergeleitet.

Das Paket umfasst militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für die Ukraine.

Ursprünglich hatte Biden 33 Milliarden US-Dollar für Kiew gefordert.

Die US-Regierung hatte zuvor schon mehrere große Pakete zur Unterstützung der Ukraine auf den Weg gebracht. Seit der Eskalation des bewaffneten Konflikts Ende Februar sagten die USA der ehemaligen Sowjetrepublik allein Waffen und Munition im Wert von mehr als 3,7 Milliarden US-Dollar zu oder lieferten auch schon.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62867dfd48fbef0c1031b22b.jpg>

20:02 de.rt.com: **Rund Hälfte der Abnehmer von Gas aus Russland eröffnen Rubelkonten**

Fast die Hälfte der Käufer von Gas aus Russland sollen bereits Konten bei der Gazprombank eröffnet haben, um für Lieferungen im Rahmen des neuen Systems zu zahlen. Dies gab der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak bekannt.

Rund die Hälfte der 54 Abnehmer von russischem Gas sollen bereits Rubelkonten bei der Gazprombank eröffnet haben, um im Rahmen des neuen Bezahlungssystems Gaslieferungen zu erhalten. Dies erklärte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak am 19. Mai. Es handele sich um eine erzwungene Maßnahme der russischen Behörden, die darauf abziele, die Sicherheit der russischen Exporterlöse zu gewährleisten. Weiter hieß es: "Es ist bekannt, dass heute verschiedene Maßnahmen der europäischen Behörden und der Vereinigten Staaten zu Risiken in Bezug auf die Exporteinnahmen führen. Wenn wir also dazu übergehen, in der Landeswährung zu zahlen, verringern sich diese Risiken. Und dies ist der wichtigste Grundsatz."

Nowak fügte hinzu, dass insgesamt rund 54 Unternehmen verschiedener Größe russisches Gas kauften. Etwa die Hälfte von ihnen habe nun bereits Konten bei der Gazprombank eröffnet, um im Rahmen der neuen Regelung zu zahlen:

"Meinen Angaben nach hat etwa die Hälfte davon bereits spezielle Konten bei unserer bevollmächtigten Bank eröffnet, und zwar Fremdwährungs- und Rubelkonten, um den Eingang von Fremdwährungseinnahmen und deren Umrechnung in Rubel sowie die Bezahlung des gelieferten Gases in Rubel sicherzustellen."

Weiter betonte der stellvertretende Ministerpräsident, dass die europäischen Länder nicht von heute auf morgen auf Öl und Gas aus Russland verzichten können:

"Es gibt Erklärungen, dass sie auf russisches Öl und Gas verzichten werden. Nicht sofort, aber in einer gewissen Perspektive, denn es ist unmöglich, darauf sofort zu verzichten, da wir einen ziemlich großen Anteil am europäischen Energiemarkt haben. Wir decken etwa 40 Prozent des Gasverbrauchs in Europa und etwa 20 bis 25 Prozent des Angebots an Erdöl und Erdölprodukten."

Zudem brachte Nowak in Erinnerung, dass solche Erklärungen der EU-Länder auch für Erdölprodukte zu einem Anstieg der Preise auf den globalen Energiemärkten führen. Nowak fügte hinzu, dass die russische Seite in den kommenden Tagen die endgültige Liste der ausländischen Unternehmen einsehen werde, die ihre Gaslieferungen in Rubel bezahlen werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62862da048fbef48880c4536.jpg>

20:28 de.rt.com: **Kreml: Über Zukunft der von Russland kontrollierten ukrainischen Gebiete müssen Bewohner entscheiden**

Im Laufe seiner sogenannten Sonderoperation hat Russland das ukrainische Gebiet Cherson und einen Teil des Gebiets Saporoschje unter eigene Kontrolle genommen. Nun äußerte sich der Kremlsprecher, Dmitri Peskow, über die Zukunft der von Russland kontrollierten

Territorien.

Journalisten haben am Donnerstag den Kremlsprecher Dmitri Peskow gefragt, ob Erklärungen einiger russischer Politiker und Amtsträger nicht im Widerspruch zu den Behauptungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin stünden, wonach Russland die Ukraine nicht besetzen wolle. Sie beriefen sich unter anderem auf die Worte des Vizepremiers der russischen Regierung, Marat Chusnullin, wonach die Ukraine den im ukrainischen AKW Saporoschje erzeugten Strom kaufen könne; und auf die Worte des Sekretärs des Generalrates der Partei Einiges Russland, Andrei Turtschak, wonach Russland für immer ins Gebiet Cherson gekommen sei.

Der Präsidentensprecher sah darin keinen Widerspruch. Dabei erklärte er, dass alle Handlungen jeweilige Voraussetzungen hätten. Das Entscheidungsrecht hätten nur die Einwohner der Gebiete selbst, die ihren Willen bekunden müssten.

"Ohne dass sie eine Entscheidung darüber treffen, wie und mit wem sie in Zukunft leben wollen, kann nichts getan werden."

Die Handlungen des russischen Militärs und der militärisch-zivilen Verwaltungen vor Ort erklärte Peskow mit der Notwendigkeit, den Alltag in den kontrollierten Gebieten zu gewährleisten und die Bevölkerung mit allem Notwendigen zu versorgen.

"Hier kann es keine Pausen geben. In vielen Bezirken gibt es keinen Strom, keine Kanalisation und kein Wasser. Man muss sich damit beschäftigen."

Die von den Journalisten erwähnten Erklärungen seien auf diese vorrangigen Maßnahmen zurückzuführen, deren ausschließlicher Grund die Sorge um die Menschen vor Ort sei, resümierte Peskow.

Zuvor hatte der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson, Kirill Stremoussow, eine allmähliche Umstellung auf den Rubel als Zahlungsmittel angekündigt und gefordert, dass die Einwohner von Cherson das Recht auf russische Pässe bekommen sollten. Eine Eingliederung in die Russische Föderation nannte er eine Frage der Zeit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62863ffeb480cc2373396ecc.jpg>

Auf dem Bild: Teilnehmer der Aktion "Unsterbliches Regiment" marschieren am 9. Mai 2022 durch Cherson.

20:45 de.rt.com: **Bush bestätigt Arbeit von US-Biolaboren in der Ukraine – dank russischer Prankster**

Dank eines weiteren Streichs der russischen Prankster Wowan und Lexus ist ans Licht gekommen, dass in der Ukraine tatsächlich US-Biolabors aktiv sind. Zumindest bestätigte das der ehemalige US-Präsident George W. Bush.

Der ehemalige US-Präsident George W. Bush hat in einem Gespräch mit den russischen

Prankstern Wowan und Lexus eingestanden, dass US-Biolabore in der Ukraine tätig sind. Die beiden riefen den Politiker im Namen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij an. In dem Gespräch dankt der vermeintliche Selenskij den USA und betont, dass die Ukrainer das US-Erbe bewahren konnten: die von den USA finanzierten Biolaboratorien. Daraufhin antwortete Bush: "Ja." Die Scherzkekse teilten dann mit, dass es Kiew gelungen sei, die Biolaboratorien in Sicherheit zu bringen, "sodass die Russen nichts bekommen". Bush bejahte auch diese Behauptung.

Der Streich wurde im Rahmen des Bildungsmarathons "Nowyje Gorisonty" (zu Deutsch "Neue Horizonte") präsentiert. Wowan und Lexus versprachen, in einer neuen Folge der Sendung "Show WiL" auf Rutube (analog zu YouTube) weitere unveröffentlichte Ausschnitte aus ihrem Gespräch mit Bush zu präsentieren.

Im Rahmen der militärischen Sonderoperation soll das russische Verteidigungsministerium Dokumente erhalten haben, aus denen hervorgeht, dass in der Ukraine mehr als 30 biologische Labore eröffnet worden waren, die im Interesse der USA arbeiten. Nach dem Ausbruch der Kämpfe soll aus diesen alles Notwendige verlegt worden sein. Fachleute des russischen Militärressorts besuchten zwei Labore in Mariupol und sollen dort Spuren der Notvernichtung von Dokumenten aufgefunden haben.

Das Ministerium kam zu dem Schluss, dass die Ukraine tatsächlich zu einem Pentagon-Testgelände für die Entwicklung biologischer Waffenkomponenten und die Erprobung neuer Arzneimittelmuster geworden sei. Die Biolaboratorien hätten insbesondere mit Erregern verschiedener Krankheiten gearbeitet, darunter die Pest und Milzbrand, hieß es weiter.

Russland wiederum setzte eine parlamentarische Kommission ein, um diese Aktivitäten zu untersuchen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628667bd48fbef4814512598.jpg>

21:37 de.rt.com: **Russland antwortet der UNO: Ursache für Lebensmittelkrise sind antirussische Sanktionen**

Das russische Außenministerium hat auf den Aufruf der UNO zur Öffnung ukrainischer Häfen für Lebensmitteltransporte geantwortet. Freier Handel mit Nahrungsmitteln werde durch antirussische Sanktionen verhindert. In diesem Zusammenhang sei auch das Problem der Häfen zu beachten.

Die Frage einer Öffnung der Zugänge zu ukrainischen Häfen durch Russland müsse umfassend geprüft werden, sagte der stellvertretende russische Außenminister Andrei Rudenko am Donnerstag. Es müsse dabei vor allem die Möglichkeit erörtert werden, die Sanktionen gegen russische Exporte aufzuheben:

"In diesem Zusammenhang müssen wir uns nicht nur mit dem Aufruf an die Russische Föderation befassen, sondern auch den gesamten Ursachenkomplex in Betracht ziehen, der die derzeitige Nahrungsmittelkrise ausgelöst hat. Das sind in erster Linie die von den USA und der EU gegen Russland verhängten Sanktionen, die den normalen freien Handel – auch mit Nahrungsmitteln einschließlich Weizen, Düngemitteln und anderen Dingen – verhindern",

sagte er laut russischer Nachrichtenagentur Interfax.

Wenn unsere Partner eine Lösung erreichen wollen, müssen unter anderem die Probleme in diesem Zusammenhang durch eine Aufhebung der Sanktionsbeschränkungen für russische Exporte gelöst werden", so Rudenko. Mit diesen Worten kommentierte der stellvertretende russische Außenminister insbesondere die Äußerungen des US-amerikanischen Leiters des Welternährungsprogramms der UNO (WFP) David Beasley, der am Vortag Russland aufgefordert hatte, den Zugang zu den ukrainischen Seehäfen zu öffnen.

Am Mittwoch fand ein Treffen bei den Vereinten Nationen zur Ernährungssicherheit statt. Zu den Beratungen hatte der US-Außenminister Antony Blinken rund 35 Staaten eingeladen. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat Russland vorgeworfen, die Blockade von Getreideexporten aus der Ukraine als Kriegswaffe einzusetzen. Die UNO stimmte diesem Vorwurf im Wesentlichen zu.

Wie Beasley erklärte, käme die Nichtöffnung der Häfen einer Kriegserklärung an die weltweite Ernährungssicherheit gleich. Dies würde Hungersnöte, die Destabilisierung von Ländern sowie Massmigration nach sich ziehen. Er sagte, die Öffnung sei von entscheidender Bedeutung, denn "es geht nicht nur um die Ukraine, sondern um die Ärmsten der Ärmsten auf der ganzen Welt, die am Rande des Hungertodes stehen".

"Deshalb bitte ich Präsident Putin: ... Bitte öffnen Sie diese Häfen", sagte Beasley.

Der UN-Generalsekretär António Guterres wies am Mittwoch darauf hin, dass die Ukraine und Russland zusammen etwa ein Drittel der weltweiten Weizen- und Gerstenernte sowie rund die Hälfte der Sonnenblumenproduktion ausmachten. Der Konflikt zwischen beiden Staaten drohe dutzende Millionen Menschen in den Hunger zu treiben. Diese Krise könne Jahre andauern, warnte Guterres.

Russland: Ukraine vermint Gewässer und verweigert Nutzung grüner Korridore

Auf die Möglichkeit angesprochen, ukrainische Häfen für Getreidelieferungen zu nutzen, sagte der Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch, dass diese stark vermint und die Gewässer für die Schifffahrt inzwischen äußerst gefährlich seien. Er erklärte wörtlich:

"Dort ist jetzt eine Minenräumung erforderlich, eine sehr komplexe Operation. Bisher ist die Gefahr für die Schifffahrt und generell für die Navigation in diesen Gebieten sehr, sehr hoch."

Schon am 31. März teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass die ukrainische Marine im Zeitraum vom 25. Februar bis zum 4. März etwa 370 Minen im Schwarzen Meer und 50 Ankerminen im Asowschen Meer ausgelegt hatte. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow wies damit die damaligen Behauptungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zurück, wonach angeblich Russland das Schwarze Meer vermint hätte.

Am 26. März teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass Russland für ausländische zivile Schiffe einen humanitären Seekorridor aus ukrainischen Häfen öffne, damit diese die Häfen verlassen könnten.

"Wir betonen noch einmal, dass die Freiheit der zivilen Schifffahrt vonseiten der Russischen Föderation nicht bedroht ist. Um dies zu bestätigen, öffnet die Russische Föderation täglich von 08:00 bis 19:00 Uhr (Moskauer Zeit) einen humanitären Korridor, d.h. eine sichere Fahrspur in südwestlicher Richtung von den Hoheitsgewässern der Ukraine aus, die 80 Seemeilen lang und 3 Seemeilen breit ist", [sagte](#) dazu Generaloberst Michail Misinzew als Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement.

Laut russischen Angaben nutzt die ukrainische Seite diese Korridore jedoch weiterhin nicht. Die Ukraine habe vielmehr Dutzende von Schiffen in ihren Häfen blockiert, darunter auch solche mit Lebensmittelladungen, teilte etwa der russische Außenminister Sergei Lawrow nach Gesprächen mit seinem Amtskollegen Sayyid Badr bin Hamad Al-Busaidi aus Oman am 11. Mai mit:

"Die ukrainischen Behörden lassen Dutzende von Schiffen nicht aus ihren Häfen auslaufen, darunter auch Schiffe, die Weizen in verschiedene Regionen der Welt liefern sollen, und

haben sogar die Ausgänge dieser Häfen vermint, was Durchfahrt dieser Schiffe unmöglich macht", sagte Lawrow.

Am 3. Mai teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass in insgesamt sieben ukrainischen Häfen 75 Schiffe aus 15 Ländern blockiert seien. Die ukrainische Seite weist die Vorwürfe von sich und entgegnet dazu, dass sie die Sicherheit der Schiffe bei der Durchfahrt wegen eines angeblich vonseiten Russlands fehlenden Willens zur Kooperation nicht garantieren könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6286564ab480cc2c777089e0.jpg>

21:40 de.rt.com: **Nebensja: Russland trägt keine Verantwortung für globale Nahrungsmittelkrise**

Die Nahrungsmittelkrise, die eine "Hungersnot biblischen Ausmaßes" auszulösen droht, begann schon viel früher als die russische Operation in der Ukraine. Dies sagte der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja am Donnerstag auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum Thema Ernährungssicherheit, wie TASS berichtet. Ein wichtiger Faktor für die sich verschlechternde globale Ernährungssituation war nach Ansicht des Botschafters der "aufgezwungene Schnellstart zu grüner Energie anstelle einer vernünftigen, sanften Energiewende sowie die eklatante Politisierung der Energiezusammenarbeit einiger Länder". "Das Ergebnis ist ein rücksichtsloser Verzicht auf Energieprojekte und ein starker Anstieg der Energiepreise", so Nebensja.

"Hören Sie, meine Herren, es ist, als ob wir alle verhungern lassen wollen, während Sie und die Ukrainer angeblich nur versuchen, das Leben der Hungernden zu retten. Das Bild scheint schön zu sein, aber es ist völlig trügerisch", fügte Nebensja hinzu.

Die russischen Streitkräfte öffneten, so Nebensja, täglich einen humanitären Korridor, der eine sichere Route für Schiffe aus den ukrainischen Hoheitsgewässern in Richtung Südwesten darstelle.

"Es besteht auch weiterhin eine Gefahr für die Schifffahrt und die Infrastruktur durch ukrainische Minen, die entlang der Küste der Schwarzmeerstaaten aus der Verankerung gerissen wurden", so Nebensja weiter.

Russland übermittele zu diesem Problem täglich Informationen auch an die UN-Behörden, während die Ukraine keinerlei Schritte zur Lösung dieses Problems unternahme. Es liege daher auf der Hand, dass man ohne eine Lösung dieser Frage nicht über die Möglichkeit eines ukrainischen Getreideexports auf dem Seeweg sprechen könne. Es sei die Ukraine, die die Gewässer vermint habe.

Kiew halte weiterhin 75 ausländische Schiffe aus 17 Ländern in den Häfen von Nikolajew, Cherson, Tschernomorsk, Mariupol, Otschakow, Odessa und Juschny fest. Zudem verweigere die Ukraine die Zusammenarbeit mit internationalen Reedern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628690d3b480cc295f0c09ee.jpg>

21:58 de.rt.com: **Russlands US-Botschafter: Globale Lebensmittelkrise Folge der Inkompetenz des Westens**

Infolge des Ukraine-Krieges sehen viele Experten und Organisationen die globale Lebensmittelsicherheit gefährdet. Russlands Botschafter in den USA weist darauf hin, dass Probleme in diesem Bereich lange vor der militärischen Sonderoperation Russlands begonnen haben.

Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den USA, hat den jüngsten Vorwurf des US-Außenministeriums kommentiert, wonach Moskau mit seinen Handlungen die weltweite Lebensmittelkrise verschärfe. Der russische Diplomat wies jede Verantwortung seines Landes zurück und erklärte, dass Probleme in diesem Bereich noch lange vor der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine begonnen hätten. Als eine der Ursachen nannte Antonow die Inkompetenz des Westens.

"Im Laufe mehrerer Jahre untergruben inkompetente makroökonomische Schritte des kollektiven Westens die Lebensmittelsicherheit. Die Situation wurde durch die Folgen der COVID-19-Pandemie verschärft."

Als weitere Ursache nannte der Diplomat "einseitige und illegale antirussische Sanktionen". Diese hätten das Vertrauen in die westlichen Regierungen erschüttert sowie Liefer- und Finanzketten weltweit gestört. Andauernde Sanktionsdrohungen würden noch mehr Panik und Instabilität säen.

Antonow ließ die Behauptungen nicht gelten, wonach Dünger und Lebensmittel von den gegen Russland verhängten Sanktionen nicht betroffen seien:

"Die Sanktionen in den Bereichen Finanzen und Transport wirken sich auf die Situation auf den globalen Lebensmittelmärkten direkt aus."

Gleichzeitig betonte der Botschafter, dass Russland seinen Verpflichtungen bei den Exporten von Landwirtschaftserzeugnissen, Düngern, Brennstoffen und anderen wichtigen Waren weiterhin nachkomme.

Am Mittwoch hatte der UN-Generalsekretär António Guterres erklärt, dass die internationale Gemeinschaft die Lebensmittelkrise ohne Dünger aus Russland und Weißrussland sowie ohne Weizen aus der Ukraine nicht lösen könne. Ihm zufolge sollten Landwirtschaftserzeugnisse und Dünger aus Russland einen uneingeschränkten Zugang zu den globalen Märkten haben. Angesichts des Ukraine-Krieges warnen die Vereinten Nationen bereits vor einer globalen Lebensmittelkatastrophe, weil ungefähr 30 Prozent der ukrainischen Agrarflächen nicht bestellt werden können. Das US-Landwirtschaftsministerium geht bei Weizen von kriegsbedingten Ernteeinbußen in Höhe von ungefähr einem Drittel aus. Nach Zahlen aus der Ukraine selbst sind die bestellten Flächen um mehr als 40 Prozent zurückgegangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6286287648fbef481e3e3283.jpg>

22:00 de.rt.com: **Dementi des Asow-Kommandeurs im Voraus aufgenommen?**

In Social-Media-Kanälen wird über den Kurzclip des ukrainischen Asow-Kommandeurs mit dem Decknamen "Kalina" spekuliert, der erklärt hatte, er habe sich gar nicht ergeben und befinde sich nicht in Gefangenschaft.

Diese Kanäle, die den Volksrepubliken nahestehen, [behaupten](#), es handele sich bei dem "Kalina"-Clip um ein voraufgezeichnetes Video, mit dem die Moral der ukrainischen Truppen und der nationalen "Sicherheitskräfte" gehoben werden solle. Darauf deute auch die Tatsache hin, dass das Video keinen anderen Inhalt habe als die Behauptung der "Tatsache", dass sich "Kalina" angeblich auf dem Gelände von Asow-Stahl aufhalte.

Nach Angaben, die dem Telegram-Kanal Readovka [vorliegen](#) sollen, befinde sich "Kalina" jedoch im Untersuchungsgefängnis Rostow am Don, also in der Russischen Föderation.

22:20 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee eröffnet Strafverfahren wegen Angriffs auf russischen Botschafter in Polen**

Das russische Ermittlungskomitee hat ein Strafverfahren wegen des Angriffs auf den russischen Botschafter in Polen Sergei Andrejew am Tag des Sieges in Warschau eingeleitet. Dies teilte der Pressedienst der Behörde via Telegram mit.

Nach Angaben der Ermittler wurde eine Person von der Tätergruppe als die ukrainische Staatsbürgerin Irina Semljana identifiziert. Sie soll Andrejew bei seinem Besuch zu einer Gedenkzeremonie für die im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen sowjetischen Soldaten an einem Memorialfriedhof in Warschau am 9. Mai zusammen mit ihren Komplizen mit roter Farbe übergossen und ihm die Brille und das Sankt-Georgs-Band abgerissen haben.

Außerdem hätten die Täter die Nummernschilder vom Dienstfahrzeug der russischen Botschaft abgerissen und sonstige Schäden verursacht, hieß es in der Mitteilung.

Die Strafsache wurde wegen des Angriffs auf international geschützte Personen und ihre Dienstfahrzeuge mit dem Ziel angestrengt, die internationalen Beziehungen zu erschweren. Das Ermittlungskomitee wies darauf hin, dass es rechtliche und diplomatische Mechanismen nutzen werde, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62869e87b480cc27a7332437.jpg>
g

22:50 de.rt.com: **UN melden mehr als 8.000 zivile Opfer seit Beginn des Ukraine-Krieges**
Seit dem Ausbruch des militärischen Konflikts hat das Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) insgesamt 8.089 getötete oder verletzte Zivilisten in der Ukraine und im Donbass registriert. Nach Angaben der Behörde seien 3.811 Menschen getötet und 4.278 verwundet worden. Für die von den Volksrepubliken Donezk und Lugansk kontrollierten Gebiete lägen diese Zahlen entsprechend bei 126 Toten und 502 Verletzten. Das OHCHR ging dennoch von einer Dunkelziffer aus und warnte, dass die tatsächlichen Opferzahlen deutlich höher sein könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6286abdeb480cc79a771d734.jpg>
g

22:55 de.rt.com: **Ein Todesopfer im Gebiet von Cherson durch Beschuss von ukrainischer Seite**

Wie TASS [meldet](#), ist ein Bewohner des Dorfes Tschernobajewka, einem Vorort von Cherson, infolge eines Angriffs der ukrainischen Streitkräfte ums Leben gekommen. Dies teilte der stellvertretende Gouverneur der Region Cherson, Kirill Stremousow, mit.

vormittags:

6:30 de.rt.com: Medienberichte: EU will mehr Kohle verbrauchen, um Gas aus Russland zu ersetzen

Die EU-Kommission hat erklärt, dass die EU wegen der Ablehnung russischer Energielieferungen den Kohleverbrauch noch einige Zeit erhöhen muss, so die Financial Times. Sie gibt zu, dass dies nicht im Einklang mit der grünen Agenda steht, Brüssel habe jedoch keine andere Wahl.

Die Europäische Kommission hat den verstärkten Einsatz von Kohle in der EU genehmigt, die einen Ersatz für russische Energiequellen sucht. Dies [berichtete](#) die Financial Times. Nach Angaben der Zeitung sagte die EU-Kommission, dass Kohlenverbrauch in den nächsten fünf bis zehn Jahren um fünf Prozent steigen wird.

Am 18. Mai stellte die EU-Kommission den REPowerEU-Plan für einen frühzeitigen Ausstieg aus den russischen Energieressourcen, einschließlich Gas, vor. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen erklärte, dass der Plan auf drei Grundsätzen beruhen werde: Energieeinsparung, Beschleunigung des Übergangs zu erneuerbaren Energiequellen und Diversifizierung der Versorgung.

Aus der Strategie geht jedoch auch hervor, dass die EU plant, die Nutzung von Solar- und Windenergie und – für kurze Zeit – von Kohle "massiv" zu steigern, so die Zeitung The Guardian. Der Ausstieg aus russischem Gas bedeutet, dass Kohlekraftwerke "länger als ursprünglich geplant genutzt werden könnten", zitiert die Zeitung einen Auszug aus dem Dokument.

Die Financial Times wies darauf hin, dass der wahrscheinliche Anstieg des Kohleverbrauchs nicht im Einklang mit der grünen Agenda der EU steht, obwohl die Kommission darauf besteht, dass sie ihr Ziel erreichen wird, die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken. Der für den Plan zuständige EU-Kommissar Frans Timmermans antwortete auf die Frage, ob dieser mit der EU-Politik der Dekarbonisierung der Wirtschaft vereinbar sei, die EU habe keine andere Wahl.

Am 18. April hatte die Financial Times unter Berufung auf europäische Beamte berichtet, dass die EU plant, die Zahl der verkauften Kohlenstoffemissionszertifikate zu erhöhen, um die Auswirkungen des Verzichts auf russische Energieressourcen auf die Wirtschaft zu minimieren. Der Zeitung zufolge geht es um die Beschaffung von 20 Milliarden Euro. Laut Eurostat liegt der Steinkohleverbrauch in der EU im Jahr 2021 bei 160 Millionen Tonnen (79 Prozent weniger als 1990) und der Braunkohleverbrauch bei 277 Millionen Tonnen (60 Prozent weniger). Der weitaus größte Teil der Braunkohle in der EU wird für die Stromerzeugung verwendet. 97 Prozent des Gesamtverbrauchs entfallen auf sechs Länder: Deutschland, Polen, die Tschechische Republik, Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Der Plan der Kommission zur Abkehr von russischer Energie soll bis 2027 laufen. Brüssel schätzt die Kosten für die Umsetzung auf 210 Milliarden Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6286642b48fbef48880c45be.jpg>

6:45 de.rt.com: **"Liste unfreundlicher Staaten": Dumasprecher Wolodin nennt Verantwortliche für globale Krise**

Der Vorsitzende der russischen Staatsduma hat in den sozialen Medien eine Liste "unfreundlicher Staaten" veröffentlicht, die nach der Zahl der verhängten antirussischen Sanktionen geordnet ist. Diese Länder seien für die globale Energiekrise verantwortlich, so der Politiker.

Wjatscheslaw Wolodin, der Sprecher des russischen Parlaments, hat in den sozialen Medien eine Liste der Länder veröffentlicht, die seit Beginn der Militäroperation in der Ukraine die meisten Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Die "Rangliste der unfreundlichen Staaten" wird von den USA mit fast 2.000 Sanktionen angeführt. Es folgen Kanada, die Schweiz, Großbritannien, die EU, Australien und Japan. All diese Länder machte Wolodin für die weltweite Lebensmittel- und Energiekrise verantwortlich.

Dem Politiker zufolge hätten diese Länder durch die Verhängung von antirussischen Sanktionen einen weltweiten Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise ausgelöst. Er betonte:

"Sie sind die Hauptverursacher der gegenwärtigen Probleme und der kommenden Krisen in der Welt."

Noch vor Russlands Militäroffensive in der Ukraine erreichten die Energiepreise in Europa Rekordhöhen. Damals hatte Moskau erklärt, Europa könne den Preisanstieg durch den Abschluss langfristiger Lieferverträge mit Russland abmildern. Außerdem hatte Russland vorgeschlagen, die Gaspipeline Nord Stream 2 so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen, um die Gasimporte zu sichern. Zu den jüngsten westlichen Sanktionen gegen Russland gehören nun die Aussetzung dieses Projektes sowie die Bestrebung, Europa von der russischen Energieversorgung vollständig abzukoppeln.

Die Kampfhandlungen in der Ukraine gefährden darüber hinaus die Getreideernte in diesem Jahr. Das osteuropäische Land ist ein wichtiger Exporteur von Getreide, insbesondere von Weizen. Zusammen mit Russland entfiel im vergangenen Jahr mehr als ein Viertel des weltweiten Volumens der Weizenproduktion auf die Ukraine. Die westlichen Sanktionen haben nicht zuletzt die Ausfuhr von russischen Lebensmitteln und Düngemitteln beeinträchtigt, was in vielen Ländern zu einer Lebensmittelkrise führen könnte.

US-Generalsekretär António Guterres sagte am Mittwoch, die Beschränkungen für russische Lebensmittel und Düngemittel müssten aufgehoben werden, um eine größere Krise zu vermeiden. Andernfalls würden dutzende Millionen Menschen in eine unsichere Ernährungslage geraten, gefolgt von Unterernährung, Massenhunger und Hungersnot – und all das in einer Krise, die sich über Jahre hinziehen könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62865692b480cc29660437f4.jpg>

7:00 de.rt.com: **LVR-Luftabwehr fängt Totschka-U-Rakete am Rande von Debaltsevo ab**
Luftabwehrkräfte der Volksrepublik Lugansk haben eine taktische Rakete vom Typ Totschka-U der ukrainischen Armee am Rande der Stadt Debaltsevo in der benachbarten DVR abgeschossen. Das [teilt](#) der Vertreter der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands auf seinem Telegram-Kanal mit.

Die Stadt Debaltsevo, die einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt beherbergt, lag im Jahr 2014 in der Zone des bewaffneten Konflikts und stand kurzzeitig unter der Kontrolle der Donezker Volksrepublik. Ende Juli desselben Jahres besetzten die ukrainischen Streitkräfte die Stadt und hielten sie mehrere Monate lang besetzt. Im Februar 2015 verlor Kiew durch gemeinsame Angriffe von DVR- und LVR-Kräften die Kontrolle über die Stadt, wodurch ein "Kessel" für die ukrainische Militärgruppe entstand. Seitdem gibt es einige Kilometer weiter nordwestlich eine Kontaktlinie.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628715d4b480cc7a95175f86.jpg>

7:35 de.rt.com: **Berater in Selenskijs Präsidialamt fordert "Derussifizierung" des Donbass**

Michail Podoljak, der Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, fordert, dass in den Köpfen der Menschen im Donbass und der Region Charkow die Bezeichnung "Russen" ausgerottet wird. Die Nachrichten- und Analyse-Website Strana.ua zitierte ihn wie folgt: "Ich bin dafür, dass die Menschen in der Region Charkow die Bezeichnung 'Russen' vollständig vergessen. Ich bin dafür, dass die Bezeichnung 'Russen' in den Regionen Lugansk und Donezk vergessen wird."

Er forderte außerdem, dass die Vertreter der Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass "physisch nicht anwesend sein" sollten.

Im Osten und Süden der Ukraine leben die meisten Russen im Land. Seit dem Putsch im Jahr 2014 wurden sie von den Machthabern in Kiew durch neue Gesetze zunehmend diskriminiert.

8:03 de.rt.com: **Euractiv: EU gehen die Sanktionsmöglichkeiten gegen Russland aus**
Brüssels Unfähigkeit, sich auf neue Restriktionen gegen Russland zu einigen, zeigt, dass die EU bald an ihre Grenzen stoßen könnte, berichtet das Nachrichtenportal Euractiv. Nach mehr als zehn Tagen konnte man sich nicht auf ein Verbot von Öleinfuhren einigen.

Das Scheitern der EU-Mitgliedsstaaten, sich auf ein Ölembargo gegen Öl aus Russland zu einigen, zeigt, dass der Block an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt, finanzielle Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, sagte ein EU-Diplomat diese Woche dem Nachrichtenportal Euractiv.

"Wenn es ein solches Durcheinander mit Russlands Öl gab, stellen Sie sich vor, was mit

einem Vorschlag zum Verbot von Gas passieren würde", wurde ein namentlich nicht genannter Diplomat nach dem Treffen der EU-Außenminister am Montag zitiert.

"Das siebte Sanktionspaket gegen Moskau wird extrem schwierig sein."

"Wir sind sehr nahe an unseren Grenzen angelangt. Was wird das siebte Paket beinhalten?"

Nach mehr als zehn Tagen haben sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht auf Vorschläge zum Verbot russischer Öleinfuhren einigen können, wobei Ungarn eine Gruppe von Ländern anführt, die sich der Maßnahme widersetzt. Das geplante Embargo für russisches Rohöl war Teil des sechsten Sanktionspakets, das am 4. Mai im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg vorgeschlagen wurde.

Länder, die in hohem Maße von russischem Öl abhängig sind, darunter Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und Bulgarien, haben wiederholt ihre Einwände gegen ein Verbot geäußert. Nach Ansicht der ungarischen Regierung würde ein Embargo einen lähmenden Schlag für die Wirtschaft bedeuten.

Der Diplomat erklärte dem Nachrichtenportal, dass es zwar Fortschritte in den Gesprächen mit Ungarn über dessen Veto gegen ein Embargo gegen russisches Öl gebe, aber die Atmosphäre zeige, dass "wir sogar einen Schritt zurückgemacht haben". Er sagte, dass die Haltung des ungarischen Premierministers Viktor Orbán in dieser Angelegenheit andere Regierungen in eine schwierige Lage bringe. Falls Budapest bekomme, was es wolle, werde es für andere Länder wie Bulgarien, schwer sein, den Menschen zu erklären, warum sie nicht ähnliche Zugeständnisse erhielten.

Die EU ist sich uneins darüber, wie sie ihre Abhängigkeit von russischer Energie überwinden kann. Experten halten ein sofortiges Verbot von Öl und Gas aus Russland für unmöglich. Bereits jetzt haben die EU-Staaten mit einer steigenden Inflation und rasant wachsenden Energie- und Lebensmittelpreisen zu kämpfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628690cb48fbef48145125d7.jpg>

8:05 de.rt.com: **US-Veteranen-Organisation: Washingtons überstürzte Hilfe für Kiew könnte Spannungen in der Region verstärken**

Die Eile der US-Behörden, der Ukraine in großem Umfang Hilfe zu leisten, kann US-Amerikanern und Ukrainern schaden und die Spannungen in der Region erhöhen. Darauf wies Russ Durstein, stellvertretender Vorsitzender von Concerned Veterans for America, am Donnerstag hin.

Anlässlich der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs im US-Kongress, mit dem der Ukraine zusätzliche Hilfe in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar gewährt werden soll, gab er eine schriftliche Erklärung ab:

"Es ist enttäuschend, dass der Kongress ein weiteres massives Hilfspaket für die Ukraine verabschiedet hat, ohne dass die Strategie der Biden-Regierung in Bezug auf die Ukraine klar ist und ohne dass sie den amerikanischen Interessen entspricht."

Dursteins Meinung nach "schadet Washingtons Eile sowohl US-Amerikanern als auch

Ukrainern, da sie den Krieg verlängern und die Spannungen verschärfen kann". Er betonte: "Unsere Senatoren sind dafür verantwortlich, die Auswirkungen solch weitreichender Ausgabengesetze auf unsere Verteidigungsfähigkeit, unseren künftigen Wohlstand und die Lebensfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft ernsthaft zu prüfen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62871c66b480cc7499686d02.jpg>

Auf dem Bild: Menschen fordern mehr finanzielle Unterstützung für US-Veteranen.

8:40 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet Beschuss von Perwomaisk durch ukrainische Streitkräfte**

Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben erneut das Gebiet der Volksrepublik Lugansk beschossen. Laut der LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes [wurde](#) die Stadt Perwomaisk am Freitag mit Mörsergranaten beschossen.

Sechs Geschosse sollen von den ukrainischen Sicherheitskräften auf die Ortschaft abgefeuert worden sein.

Das Büro berichtet außerdem, dass die Luftverteidigungskräfte in den vergangenen 24 Stunden zwei Raketen des taktischen Raketensystems Totschka-U über dem Dorf Debalzewo zerstört hätten.

9:15 de.rt.com: **Medwedew: Russland wird keine Lebensmittel auf Kosten des eigenen Marktes exportieren**

Russland wird keine Lebensmittel zum Nachteil des eigenen Marktes exportieren. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew auf Telegram.

Er hob hervor, dass Russland "bereit ist, seine Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen, aber auch auf die Unterstützung von Handelspartnern auch auf internationalen Plattformen wartet". Dabei stellte er fest:

"Sonst wird es unlogisch: Einerseits verhängen sie irrsinnige Sanktionen gegen uns, andererseits fordern sie Nahrungsmittellieferungen. So kann es nicht sein, wir sind keine Idioten. Und ich betone es noch einmal: Keine Exporte zu Lasten unseres eigenen Marktes. Die Versorgung der russischen Bürger mit Nahrungsmitteln ist ein heiliges Anliegen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62872b17b480cc7a9f76965f.jpg>

9:30 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Ukrainische Streitkräfte wandelten Internat in Militärbasis um**

Ukrainische Nationalisten und Militäroffiziere hatten eine Militärbasis auf dem Gelände eines Internats in der Siedlung Staraja Sburjewka im Gebiet Cherson eingerichtet, [meldet](#) die Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einrichtung zuerst in einen militärischen Ausbildungsstützpunkt mit mehreren Gebäuden, einem Abstellplatz für militärische Ausrüstung, einem Heizraum und einem Unterstand für die Lagerung von Vorräten umgewandelt worden war.

Nach Angaben von Anwohnern übernahmen Nationalisten schon vor der russischen Sonderoperation in der Ukraine die Kontrolle über das Internat und bildeten dort Kämpfer für Sabotageakte und Guerillakrieg aus. Ein Einwohner der Ortschaft erklärte:

"Später zog das reguläre Militär hier ein. Auf dem Rückzug haben sie hier Schützenstände eingerichtet, die Klassenzimmer zerstört und eine Militärbasis aufgebaut."

9:50 de.rt.com: **US-Finanzministerin: G7 könnte Preisschwelle für russisches Öl festlegen**

Die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der Gruppe der Sieben (G7) konnten am Donnerstag keinen Konsens über die Art möglicher Beschränkungen für russische Öleinfuhren erzielen. So lautete das Fazit des ersten Tages eines zweitägigen Treffens, das im Hotel Petersberg in Königswinter bei Bonn stattfand. Dies stellte US-Finanzministerin Janet Yellen gegenüber Reportern fest.

Sie sagte, die US-Seite habe einen Vorschlag zur Einführung von Zöllen auf russische Ölimporte unterbreitet, um die Einnahmen Moskaus zu begrenzen und gleichzeitig das Volumen der Lieferungen von Energieressourcen aus Russland aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig bemühten sich die Vertreter der europäischen Länder um die Einführung eines schrittweisen Embargos bis zum Jahresende.

Yellen zufolge könnten die Abnehmer von russischem Öl eine Vereinbarung treffen, wonach sie keinen Kraftstoff zu Preisen kaufen, die über einem bestimmten Niveau liegen. Sie ist der Meinung, dass eine solche Initiative erfolgreich wäre, wenn sich möglichst viele Länder ihr anschließen würden.

Die US-Finanzministerin betonte, dass am ersten Tag des Treffens nur wenig über Mechanismen zur Verringerung der Einnahmen Russlands aus Ölexporten nach Europa diskutiert worden sei, dass aber ein großes Interesse an dem Vorschlag bestehe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628730d9b480cc79cf482847.jpg>
g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 300 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 24 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 42 ukrainische Nationalisten, 2 Panzer, 2 Schützenpanzer und 10 Feuerpunkte des Gegners vernichtet. Unsere Verteidiger haben 3 Schützenpanzer, 3 Schützenpanzerwagen und einen Panzer erbeutet.

26 Soldaten der 95. Luftsturmgruppe haben freiwillig die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

9:59 de.rt.com: **Erstes Telefonat zwischen ranghohen Militärs Russlands und der USA seit Beginn des Ukraine-Kriegs**

Der russische Generalstabschef, Waleri Gerassimow, und der ranghöchste US-Militäroffizier, General Mark Milley, erörtern in einem gemeinsamen Telefonat verschiedene "Fragen von beiderseitigem Interesse" zum Thema Ukraine und "sicherheitsrelevante Themen".

Generalstabschef Waleri Gerassimow und US-Militäroffizier General Mark Milley haben am 19. Mai miteinander telefoniert, wie das russische Verteidigungsministerium und das Pentagon offiziell bestätigten. Dies war den Angaben zufolge das erste Gespräch zwischen den beiden seit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine im Februar.

Die beiden hochrangigen Militärs erörtern verschiedene "Fragen von beiderseitigem Interesse", darunter den anhaltenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, wie das russische Verteidigungsministerium in einer Erklärung mitteilte. Das Gespräch habe auf Ersuchen der amerikanischen Seite stattgefunden, hieß es. Auch das Pentagon hielt sich bedeckt und nannte keine weiteren Einzelheiten zu dem Telefonat.

Ein Sprecher von Milley, dem Vorsitzenden der US-Generalstabschefs, wird von US-Medien mit den Worten [zitiert](#):

"Die militärischen Führer diskutierten mehrere sicherheitsrelevante Themen und vereinbarten, die Kommunikationslinien offen zu halten."

Und er fügte hinzu:

"In Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis werden die Einzelheiten des Gesprächs vertraulich behandelt."

Der Oberste Alliierte Befehlshaber der NATO in Europa, Tod Wolters, äußerte am Donnerstag in Brüssel die Hoffnung, dass die Gespräche zwischen Gerassimow und Milley eine diplomatische Lösung der anhaltenden Krise "einen Schritt näher bringen würden."

Diese hochrangigen Gespräche fanden weniger als eine Woche nach der Unterredung zwischen US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu statt. Auch dieses Telefonat war das erste zwischen den beiden Politikern seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine Ende Februar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628735c748fbef4a90528cdb.jpg>

10:10 de.rt.com: **Namenslisten ukrainischer Gefallener und Gefangener an der Südfront veröffentlicht**

Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti hat [Namenslisten](#) von Angehörigen ukrainischer Streitkräfte veröffentlicht, die am südlichen Frontabschnitt gefallen oder in Kriegsgefangenschaft geraten sind. Als Quelle wurde ein nicht näher genannter Mitarbeiter bei den russischen Sicherheitsstrukturen angegeben. RIA Nowosti zitiert:

"Dank der Hilfe ukrainischer Patrioten in der ukrainischen Armee wurden den russischen Sicherheitsstrukturen Listen von ukrainischen Kämpfern übergeben, die am südlichen Frontabschnitt, einschließlich der Schlangeninsel, gefallen, als vermisst gemeldet oder gefangen genommen wurden."

Die Listen umfassen mehr als 2.000 Namen. Die Quelle der Nachrichtenagentur merkte an, dass es sich dabei hauptsächlich um Soldaten und Unteroffiziere handele. Die Namen gefallener und kriegsgefangener ukrainischer Offiziere unterliegen nach Vermutung der Quelle einer strengeren Geheimhaltung.

Weiter gab die Quelle an, dass die ukrainische Armee seit etwa einem Monat unter Personalmangel leide und schlecht ausgebildete Rekruten und Angehörige der sogenannten Territorialverteidigung an die Front schicke. Kiew habe verboten, die Leichen der gefallenen ukrainischen Soldaten zu bergen, weswegen viele von russischen Soldaten vorgefunden würden. Zahlreiche Gefallene würden außerdem von der ukrainischen Führung vorerst als vermisst gemeldet, um Missfallen in der Bevölkerung zu vermeiden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

17 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

7 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 6 Geschosse mit 120mm-Mörsern auf Perwomajsk abgefeuert.

Außerdem hat die Luftabwehr der Volksmiliz der LVR **am nördlichen Rand von Debalzewo 2 Raketen eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ vernichtet**, die aus Richtung der bewaffneten Formationen der Ukraine abgefeuert worden waren.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Toten und Verletzten.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Nach Angaben unserer Aufklärung **treiben nationalistische Formationen** der Ukraine in Sinezkiy im Bezirk Lissitschansk **gewaltsam örtliche Einwohner aus ihren eigenen Häusern und rüsten dort Feuerstellungen ein.**

Außerdem **verminen ukrainische nationalistische Einheiten die Brücke, die Lissitschansk mit Sewerodonezk verbindet**, was ein weiteres Mal beweist, dass die ukrainischen Truppen die Taktik der „verbrannten Erde“ verfolgen.

Ein Reparatur- und Wiederaufbaubataillon stellt die von Einheiten der Volksmiliz der LVR während der Befreiung der Republik erbeutete Technik wieder her und schickt sie an die vordersten Linie der Kampfhandlungen, um der guten Sache zu dienen.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

10:40 de.rt.com: **Journalist schätzt verbliebene Waffenbestände des Asow-Regiments ein**

Der Journalist Alexander Sladkow, der unter anderem die Kapitulation des neonazistischen Asow-Regiments am Hüttenwerk Asow-Stahl gefilmt hatte, hat auf seinem Telegram-Kanal Angaben zum verbliebenen Arsenal des Regiments gemacht.

So soll das Regiment zum Zeitpunkt der Kapitulation noch über vier 120-mm-Mörser, vier 122-mm-Haubitzen vom Typ D-30, zwei Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-21 Grad, zwei Panzer sowie ausreichend Munition für alle diese Waffen verfügt haben. Sladkow schrieb: "Hätte das Asow-Regiment sich weiter verteidigen können? Sein Arsenal ließ es zu, aber die Moral dieser Leute war gebrochen."

11:52 (10:52) deu.belta.by: **„Das waren die glücklichsten Jahre, weil sie so sorgenfrei waren.“ Lukaschenko erzählt Pionieren über seine Kindheit**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko teilte bei einem Treffen mit Pionieraktivisten anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Pionierbewegung seine Kindheitserinnerungen.

Zunächst beglückwünschte das Staatsoberhaupt die Kinder, ihre Eltern und Großeltern zu diesem Fest. "Ihr seid noch sehr jung, aber wir können sagen, dass Ihr an den Anfängen der Wiederbelebung der heutigen Pionierbewegung steht. Diese Jahre werden wir aktiv verbringen. Deswegen stehen Ihr also am Anfang", sagte Alexander Lukaschenko.

Während des Treffens sprach der Präsident über seine Kindheit. Ihm zufolge war dies die Blütezeit der Pionier- und Komsomolbewegung. "Ich erinnere mich sogar daran, dass man mir eine rote Pionierkrawatte überreichte und mir beibrachte, wie man einen Knoten bindet.

Das waren die glücklichsten Jahre, weil sie so sorgenfrei waren“, teilte das Staatsoberhaupt seine Erinnerungen mit.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1653034599_60739_big.jpg

11:20 de.rt.com: **Nukleare Teilhabe: Tornados von Büchel nach Nörvenich verlegt – samt US-Wasserstoffbomben?**

Die in Deutschland für den Abwurf von US-Kernwaffen zuständigen 25 Tornado-Jets des Luftwaffengeschwaders 33 werden wegen Sanierungsarbeiten für einige Jahre aus Büchel auf den Fliegerhorst bei Nörvenich verlegt. Wie üblich wird seitens der Bundeswehr Stillschweigen darüber bewahrt, ob mit den Kampffjets auch die in Büchel lagernden US-Wasserstoffbomben "umziehen".

Das im Fliegerhorst [Büchel](#) (Rheinland-Pfalz) stationierte [Taktische Luftwaffengeschwader 33](#) der Bundeswehr hat im Rahmen von Deutschlands "nuklearer Teilhabe" der NATO-Streitkräfte die Aufgabe, die von den USA auf dem Fliegerhorst stationierten [Wasserstoffbomben vom Typ B61](#) im Falle eines nuklearen Einsatzbefehls an die hierfür vorgesehenen PA-200-Tornado-Jets zu montieren und sie über den als Ziele vorgesehenen Orten abzuwerfen. Jetzt wird dieses Geschwader vorübergehend auf den rund 100 Kilometer entfernten Fliegerhorst in Nörvenich in Nordrhein-Westfalen verlegt. Grund sind die bereits seit Längerem geplanten Sanierungsarbeiten am Luftwaffenstützpunkt Büchel, die voraussichtlich bis Ende Februar 2026 andauern sollen. Da steht die Frage, ziehen die in Büchel bereitgehaltenen US-Nuklearwaffen mit um? Die Einwohner von Nörvenich machen sich da schon Sorgen.

Erster Tornado bereits in Büchel gelandet

Den ersten Tornado des aus insgesamt 25 Kampffjets bestehenden Luftwaffengeschwaders 33 der Bundeswehr flog der Kommandeur der Staffel Oberst Thomas Schneider am Mittwoch selbst zum Fliegerhorst bei Nörvenich. Nach einer der temporären Verlegung vorausgegangen langen Planungsphase unterzeichnete er gemeinsam mit Oberst Timo Heimbach, dem Kommandeur des im Fliegerhorst Nörvenich beheimateten [Geschwaders](#), traditionsstiftend benannt nach dem deutschen Jagdflieger im Ersten Weltkrieg [Oswald Boelcke](#), nun abschließend eine etwa 80-seitige Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung des Luftwaffen-Stützpunktes. Bis zum 13. Juni sollen demnach auch die restlichen 24 Maschinen aus Büchel auf ihrem Ersatz-Stützpunkt in Nörvenich landen.

Mit der Fliegerstaffel werden zudem auch die rund 450 Soldaten sowie diverse zivile Mitarbeiter von Büchel nach Nörvenich verlegt. "Wir machen das alles hier im Schulterschluss", erklärte Heimbach dem Kölner Stadt-Anzeiger. Den Flugbetrieb wollen die beiden Geschwader deshalb soweit miteinander synchronisieren, dass es trotz des zusätzlichen Geschwaders dennoch "nur" bei jeweils zwei Abflug- und Landephasen am Tag bleibe. Für

die Tornados aus Büchel seien vorerst pro Jahr 1.400 Flugstunden und für die Piloten der in Nörvenich beheimateten Eurofighter insgesamt 3.800 Flugstunden im Jahr eingeplant. "Wir sind uns der Belastungen für die Bevölkerung bewusst", erklärte Schneider zumindest mit Blick auf die zusätzliche Fluglärmbelastung, die nun den rund um den Fliegerhorst Nörvenich lebenden Anwohnern durch die Verlegung droht. Allerdings, beruhigte der Kommandant, werde man durch die Reduzierung und Verlegung von Einsätzen versuchen, den Fluglärm in Grenzen zu halten.

Aber was ist mit den Atombomben?

Auf die Frage, ob mit der Deutschland zugewiesenen "Nuklearen Teilhabe" durch das beauftragte Luftwaffengeschwader 33 nicht auch die in Büchel lagernden US-Atombomben in den Fliegerhorst Nörvenich im NRW-Kreis Düren verlegt werden müssten, gab es erwartungsgemäß von den beiden Kommandeuren gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger keine klare Antwort. Heimbach behauptete lediglich, es würden keine "scharfen Waffen" von Büchel nach Nörvenich verlegt. Schneider beschwichtigte, dass der Militärflugplatz in Büchel ja trotz der Sanierungsarbeiten weiterhin über eine Notlandebahn verfüge, die im Notfall von Nörvenich aus in 20 Minuten erreicht werden könne.

Allerdings verfügt auch der Fliegerhorst Nörvenich seit jeher über eine für die Lagerung von Atomwaffen benötigte Infrastruktur. Zuerst waren dort nämlich von 1955 bis 1995 bereits Nuklearwaffen der USA stationiert. Seit gut einem Jahr liegt die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Deutschen Bundestag nun vor, und damit ist auch einer der Gründe bekannt, weshalb dieser Luftwaffenstützpunkt heute als Ausweichflugplatz für das Luftwaffengeschwader 33 gewählt wurde. Die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die Linke stellten nämlich im Jahr 2020 anlässlich der alljährlich stattfindenden NATO-Übung "[Steadfast Noon](#)", einem Manöver, bei dem die NATO den Abwurf von Atomwaffen übt, zudem fest, dass in dem Jahr 2020 erstmals auch der Fliegerhorst Nörvenich in die Übung integriert war. In einer entsprechenden [Bundestagsdrucksache](#) hieß es hierzu laut Anfrage: "Auch in die diesjährige Atomkriegsübung 'Steadfast Noon' vom 12. bis 21. Oktober 2020, an der sich neben deutschen Tornadostaffeln auch Kampfflugzeuge aus den Niederlanden, aus Belgien und Italien beteiligten, war neben Büchel auch der Fliegerhorst Nörvenich einbezogen."

Die Antwort seitens der Bundesregierung vor gut einem Jahr auf die Anfrage der Abgeordneten enthielt wenig Fakten oder gar Bestätigungen. Die Bundesregierung verwies nämlich bereits einleitend wieder darauf, dass "die Informationspolitik hinsichtlich der Nuklearstreitkräfte der NATO" aus "Sicherheitsgründen den verpflichtenden Geheimhaltungsregeln des Bündnisses" unterliege:

"Demzufolge können zu der Anzahl, den Lagerorten, dem Umgang mit und den Spezifika der Nuklearwaffen sowie ihrer Trägersysteme, wie auch der Ausbildung, der Übung und der Absicherungsmaßnahmen keine Angaben gemacht werden. Aussagen und Mutmaßungen hierzu können zudem weder bestätigt noch dementiert werden."

Da der Kleinen Anfrage zufolge jedoch bereits auch italienische Kampfpiloten, die ebenso mit der Nuklearen Teilhabe Italien beauftragt sind, "von Nörvenich aus Tiefflüge über der [Eifel und dem Saarland](#) trainierten", legt dies jedoch zumindest die begründete Vermutung nahe, dass die bisher stillschweigend in Büchel lagernden Atombomben letztlich nun doch ebenso nach Nörvenich verlegt werden. Die Anwohner von Nörvenich wird das ebenso wenig "beruhigen" wie bisher die in Büchel wohnenden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62864e6448fbef46f45cb145.jpg>

11:35 de.rt.com: **Vorsitzender des Staatsrats der Krim: Beschuss von Cherson, Donezk und Lugansk durch die Ukraine hat keinen militärischen Zweck**

Nach Meinung von Wladimir Konstantinow, dem Vorsitzenden des Staatsrats der Krim, hat der Beschuss der russisch kontrollierten Stadt Cherson durch die Ukraine keinen militärischen Zweck, sondern soll die Entstehung eines "positiven Bildes" verhindern. In einem Interview an die Nachrichtenagentur TASS verwies er auf eine Normalisierung der Spritpreise und den Beginn der landwirtschaftlichen Arbeiten um Cherson sowie auf die Tatsache, dass die Stadt nicht zerstört wurde. In Bezug auf den Beschuss erklärte er:

"Das geschieht, weil die westlichen Strippenzieher die Entstehung eines positiven Bildes in Cherson um jeden Preis verhindern möchten."

Konstantinow hob hervor, dass Artillerieangriffe auf Cherson wie auf Donezk und Lugansk zuvor keinen militärischen Zweck hätten, sondern ein Chaos unter der Zivilbevölkerung auslösen sollten und führte aus:

"Die ukrainische Propaganda stellt die Opfer dieser Angriffe als Opfer des russischen Militärs dar und wird niemals zugeben, dass die Ukraine Zivilisten tötete."

Früher hatte die Volksmiliz der Republik Lugansk auf Telegram gemeldet, dass am Tag zuvor die Ortschaft Perwomajsk vom ukrainischen Militär unter Mörserfeuer genommen worden war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62874f3748fbef0c1031b281.jpg>

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Zwölf russische Universitäten führen Quote für Studienbewerber aus dem Donbass ein**

Ein spezielles Studienplatzkontingent für Bewerber aus den Volksrepubliken Lugansk und Donezk und Gebieten der Ukraine wurde zwölf russischen Universitäten zugewiesen, darunter neben anderen die Russische Universität für Völkerfreundschaft, die Südliche Föderale Universität, die Nord-Kaukasische Föderale Universität. Das [verkündete](#) der Koordinator für Jugendpolitik der Regierungspartei Einiges Russland und Staatsduma-Abgeordnete Igor Kastjukewitsch, der zurzeit die russische humanitäre Mission im Gebiet Cherson leitet. Bei diesem Kontingent handelt es sich um Studienplätze, deren Kosten vom russischen Staat getragen werden.

12:10 de.rt.com: **Experte: Waffenverlagerung der NATO an die russischen Grenzen war ein Fehler**

Daniel Treisman, Russlandexperte an der Universität von Kalifornien, hat laut der Zeitung The New Yorker die Entsendung von NATO-Waffen an die russischen Grenzen vor dem Hintergrund der Erweiterung des Bündnisses nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kritisiert und den Schritt als ein Fehler bezeichnet.

Seiner Ansicht nach war die Entscheidung des Nordatlantischen Bündnisses von 1994, ehemalige sowjetische Verbündete in seine Reihen aufzunehmen, ein "katastrophaler Fehlschlag". Das Blatt zitiert den Experten wie folgt:

"Die wichtigste internationale Herausforderung der 1990er-Jahre bestand darin, Russland zuverlässig an die westliche Welt heranzuführen. Der Westen musste neue finanzielle, kommerzielle, kulturelle und politische Beziehungen knüpfen und neben der NATO neue europäische Sicherheitsmechanismen schaffen."

Der Analyst ist der Ansicht, dass ein Erfolg dieser Bemühungen die Sicherheit in Osteuropa gewährleistet hätte. Dazu kam es jedoch nicht, und die Tschechische Republik, Ungarn und Polen traten der NATO bereits im Jahr 1999 bei. Treisman stellte fest:

"Stattdessen hat der Westen die Reaktion Moskaus auf die Verlegung von NATO-Waffen in den Osten falsch eingeschätzt."

Russland hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die NATO auf Konfrontation angelegt ist. Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, erklärte, dass eine zusätzliche Erweiterung der Organisation nicht mehr Sicherheit für Europa bringen würde, da die NATO einen aggressiven Charakter habe. Gleichzeitig betonte er, dass er den Beitritt Schwedens und Finnlands zum militärischen und politischen Block nicht als existenzielle Bedrohung für Russland betrachte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62875a52b480cc6a78743af1.jpg>
g

12:20 de.rt.com: **Schulgebäude und mehrere Wohnhäuser im Gebiet Kursk bei Beschuss beschädigt**

Beim Mörserbeschuss des Dorfs Dronowka im russischen Gebiet Kursk durch ukrainische Streitkräfte sind ein Schulgebäude und einige Wohnhäuser geringfügig beschädigt worden, meldete der Pressedienst der Region an die Nachrichtenagentur TASS. Örtliche Kommunalbehörden seien bereits dabei, den Schaden einzuschätzen und zu beheben. Es gebe keine Verletzten oder größeren Zerstörungen.

Seit der Eskalation des Konflikts in der Ukraine hatten ukrainische Streitkräfte wiederholt russische Grenzdörfer beschossen. Zuletzt wurde ein Mörserangriff an die Dörfer Dronowka und Aleksejewka im Gebiet Kursk gemeldet.

13:21 (12:21) deu.belta.by: **Lukaschenko will Arbeit der Jugendorganisationen wieder ins Lot bringen**

In Belarus soll die Arbeit der Pionierorganisation und der Belarussischen Jugendunion (BRSM) ausgebaut und fortgesetzt werden. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko bei einem Treffen mit jungen Pionieren im Palast der Unabhängigkeit, dass anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Pionierbewegung stattgefunden hat.

„Ich sage Euch ganz offen, dass wir die Arbeit der Pionierorganisation und der Belarussischen Jugendunion ernsthaft umgestalten müssen. Der größte Nachteil ist, dass die Pioniere und die Pionierorganisation eine schwache Anbindung an den Jugendverband BRSM haben. Und die Jugend hat wenig Interesse an den Belangen der Pioniere. Für uns war einst klar: Der Komsomolze ist der ältere Bruder. Die Komsomolzen organisieren und führen. Und die Pioniere – das sind Vertreter einer neuen Generation. Heute ist diese Verbindung fast nicht mehr da“, sagte Alexander Lukaschenko.

Nach Ansicht des Präsidenten könnte die Pionierbewegung ohne eine aktive Beteiligung der Belarussischen Jugendunion verloren gehen. „Keine Regierung wird in der Lage sein, diese Aufgaben zu bewältigen. Pioniere – das ist das Anliegen und die Aufgabe der älteren Kameraden. Hier müssen wir also ansetzen“, sagte der Staatsoberhaupt. „Lasst uns dieses System aufbauen, und es sollte nicht schlechter sein als zu meiner Zeit. Dann werden wir genügend Patrioten haben, und die Frage des Patriotismus wird sich erübrigen“, sagte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1653042135_60742_big.jpg

12:37 de.rt.com: **Finnland meldet Aussetzung der russischen Gaslieferungen ab 21. Mai**

Der staatliche finnische Gaskonzern Gasum hat bekannt gegeben, dass Gaslieferungen aus Russland ab dem 21. Mai eingestellt werden. Dieser Schritt erfolgt, weil das Land sich weigert, gemäß den neuen Bestimmungen russisches Gas in Rubel zu bezahlen.

Die staatliche finnische Gasgesellschaft Gasum hat mitgeteilt, dass die russischen Gaslieferungen an das Land am 21. Mai eingestellt werden. Finnland muss die russischen Gaslieferungen bis zum 23. Mai bezahlen. Nach den neuen russischen Regelungen müssen Gasabnehmer in Rubel zahlen. Jedoch weigerte sich Helsinki am 17. Mai, dies zu erfüllen. Damals hieß es auf der offiziellen Webseite des Unternehmens:

"GASUM hat einen langfristigen Gasliefervertrag mit der russischen Gazprom Export abgeschlossen, dessen Einzelheiten die Unternehmen im letzten Herbst erörtert haben."

Im April 2022 hatte der russische Energieriese Gazprom Export in einem Schreiben an die finnischen Partner gefordert, dass die im Liefervertrag vereinbarten Zahlungen künftig in Rubel und nicht mehr in Euro erfolgen sollten. Gazprom Export hatte im Rahmen des Liefervertrags damals noch weitere Vorwürfe gegen Gasum gemacht.

Am 19. Mai erklärte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak, dass rund die Hälfte der 54 Abnehmer von russischem Gas bereits Rubelkonten bei der Gazprombank eröffnet hätten, um im Rahmen des neuen Bezahlungssystems Gaslieferungen zu erhalten. Nowak betonte erneut, dass heute verschiedene Maßnahmen der europäischen Behörden und der Vereinigten Staaten zu Risiken in Bezug auf die Exporteinnahmen führen. Der wichtigste Grundsatz sei es, dass die Zahlungen in der Landeswährung diese Risiken für Russland verringern.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte 23. März erklärt, dass das Land dazu übergehen werde, die Zahlung von Gaslieferungen an unfreundliche Länder nur in Rubel anzunehmen.

Am 31. März wurde ein entsprechendes Dekret unterzeichnet, wonach die Käufer Rubelkonten eröffnen mussten, von denen aus die Gaszahlungen erfolgen sollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628775bdb480cc6a6a25a58e.jpg>

12:40 de.rt.com: **Deutsche Exporte nach Russland um fast zwei Drittel geringer**

Die deutschen Exporte nach Russland sind in Folge der russischen Sonderoperation in der Ukraine deutlich zurückgegangen. Ihr Wert betrug im April noch rund 900 Millionen Euro, wie das Statistische Bundesamt am Freitag auf der Grundlage vorläufiger Zahlen berichtete. Das waren 63,1 Prozent weniger als im April des Vorjahres. Auf der Liste deutscher Export-Bestimmungsländer außerhalb der EU rutschte die mit Sanktionen belegte Russische Föderation von Platz fünf auf Rang 14.

Insgesamt übertraf der Außenhandel mit Staaten außerhalb der EU mit 53,4 Milliarden Euro den Vorjahreswert um 4,5 Prozent. Wichtigster Handelspartner waren im April die USA, die alleine Waren im Wert von 12 Milliarden Euro abnahmen. Es folgten China und das Vereinigte Königreich.

dan-news.info: „In Moskau fand ein Arbeitstreffen der Außenministerin der Donezker Volksrepublik Natalja Nikonorowa und des Außenministers der Lugansker Volksrepublik Wladislaw Dejnego mit dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik in der Russischen Föderation Sin Hon

Tschcholem statt“, teilte der Pressedienst des Außenministeriums der DVR mit. Das Gespräch war Konsultationen über Formate und Mechanismen einer weiteren Zusammenarbeit gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Erörterung der Situation im Donbass und der Wichtigkeit der Verbreitung zuverlässiger Informationen über das Geschehen gewidmet.

„Bei dem Gespräch überbrachten die Außenminister der DVR und der LVR dem Herrn Botschafter Grüße von den Staatsoberhäuptern und äußerten auch ihre Dankbarkeit für das Bestreben die gegenseitige Zusammenarbeit zu organisieren und zu intensivieren“, unterstrich das Außenministerium.

Die Seiten vereinbarten eine Fortsetzung der Arbeitskontakte untereinander.

13:00 de.rt.com: **EU-Kommissionschefin: EU überweist weitere 600-Millionen-Euro-Tranche der Makrofinanzhilfe an die Ukraine**

Wie die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mitteilte, hat die EU der Ukraine eine weitere Finanzhilfe in Höhe von 600 Millionen Euro überwiesen. Auf Twitter schrieb sie:

"Heute haben wir der Ukraine eine neue Tranche von 600 Millionen Euro an Makrofinanzhilfe zugewiesen."

Sie sagte auch, dass die EU-Behörden der Ukraine für das Jahr 2022 ein zusätzliches Darlehen in Höhe von neun Milliarden Euro anbieten würden.

Zuvor hatte die Europäische Union humanitäre Hilfe im Wert von 50 Millionen Euro in die Ukraine geschickt.

14:01 (13:01) novorosinform.org: **Russland wird wegen der militärischen Bedrohung durch die NATO die Westgrenzen des Landes mit 12 Militäreinheiten verstärken - Schoigu**

Russlands Westgrenzen müssten für einen Angriff gerüstet sein, deshalb wurde beschlossen, dort 12 neue Militäreinheiten zu schaffen, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.

Russland werde angesichts der NATO-Beitrittsabsichten Finnlands und Schwedens auf militärische Bedrohungen aus dem Westen mit angemessenen Maßnahmen reagieren. In der Nähe der russisch-finnischen Grenze würden 12 neue Militäreinheiten und Untereinheiten geschaffen, um die Gebiete des Landes zu schützen, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.

„Wir ergreifen angemessene Gegenmaßnahmen. Unter diesen Bedingungen verbessern wir aktiv die Gefechtsaufstellung der Truppe. Bis Ende des Jahres werden im Westlichen Militärbezirk 12 Militäreinheiten und Untereinheiten aufgestellt“, wurde Schoigu von Medien zitiert.

Der Minister wies auch darauf hin, dass gleichzeitig mit den Maßnahmen zum Schutz der russischen Grenzen neue Modelle von Waffen und militärischer Ausrüstung an die russische Armee geliefert würden.



https://novorosinform.org/content/images/48/64/44864_720x405.jpg

13:02 de.rt.com: **Serbenführerin: In Bosnien-Herzegowina gibt es keine Demokratie, sondern nur Gewalt**

Die Präsidentin der Republika Srpska, eine von zwei Entitäten Bosnien-Herzegowinas, sprach sich gegen die Einmischung in die politischen Angelegenheiten des Staates durch Ausländer aus, vor allem in Form des Amtes des Hohen Repräsentanten.

Die Präsidentin der Republika Srpska Željka Cvijanović hat erklärt, dass es in einer wirklich demokratischen Gesellschaft kein Platz sei für ein Amt wie jenes des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, wie die serbisch-bosnische Nachrichtenagentur SRNA berichtete.

Die Republika Srpska ist eine von zwei Entitäten, die gemeinsam den Staat Bosnien-Herzegowina bilden. Die serbische Politikerin erklärte mit Blick auf die westlichen Staaten: "Das Amt des Hohen Repräsentanten ist zu einer Waffe und einem Werkzeug für diejenigen geworden, die sich von außen in die Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina einmischen wollen. Sie haben das Amt als Mechanismus für Zwang, Druck und Gewalt benutzt. Gibt es ein demokratisches Land, in dem ein Ausländer Gesetze ändert und auferlegt und Menschen suspendiert? Nein, natürlich nicht."

Cvijanović erinnerte daran, dass der deutsche Beamte Christian Schmidt das Amt beansprucht, obwohl er gar nicht das für die Ernennung eigentlich vorgesehene Prozedere durchlaufen habe. Mit Blick auf Bestrebungen Schmidts, serbisch-bosnische Politiker ihres Amtes zu entheben, sagte Cvijanović:

"Niemand hat das Recht, unsere Leute aus dem Amt zu entfernen, auch wenn einige das tun wollen. Warum wollen einige den Bürgern das Recht nehmen, zu wählen? Ich bin auch sehr skeptisch, was den europäischen Weg von BiH angeht."

Die Politik des Staates müsse durch den Konsens der verschiedenen politischen Kräfte in Bosnien-Herzegowina selbst gestaltet werden. Die Republika Srpska beanspruche die ihr in der Verfassung gewährten Rechte.

"Nur Politiker, die nicht auf die wirklichen Probleme hinweisen und sich den internationalen Faktoren in Bosnien-Herzegowina fügen wollen. Leider gibt es hier keine Demokratie, sondern nur Gewalt."

Jene politischen Kräfte, die die Inanspruchnahme der ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte durch die Republika Srpska befürworteten, passten den ausländischen Kreisen nicht. Die Präsidentin der Republika Srpska, die zugleich Vizepräsidentin der Allianz unabhängiger Sozialdemokraten (SNSD) ist, erklärte zudem, dass ihre Partei bereit sei für Gespräche mit Vertretern der Föderation Bosnien-Herzegowinas, der zweiten Entität des Staates, über alle Themen.

Der Hohe Repräsentant der UNO für Bosnien-Herzegowina ist zuständig für die Umsetzung des Dayton-Abkommens gemäß UN-Sicherheitsratsresolution 1031. Das Amt wurde im Jahr

1995 geschaffen. Der Amtsinhaber hat weitreichende Befugnisse, bis hin zur Entlassung von demokratisch gewählten Amtsträgern und zur Erlassung von Gesetzen. Alle Hohen Repräsentanten kamen bisher aus europäischen Staaten. Dieses Konstrukt wird von vielen Bosniern als paternalistische Einmischung in die eigenen Angelegenheiten abgelehnt. Es degradierte Bosnien-Herzegowina zu einem Protektorat. Auch international nimmt die Kritik an dem Amt zu. So sprach sich etwa Russland mehrmals für die Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten aus.

Der ehemalige Hohe Repräsentant Valentin Inzko hatte eigenmächtig kurz vor Ende seiner Amtszeit im Juli letzten Jahres Gesetzesänderungen vorgenommen, die die Leugnung von Genozid unter Strafe stellt, was zu scharfen Protesten aus dem serbischen Lager führte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62864ad0b480cc29660437d7.jpg>

14:15 (13:15) novorosinform.org: **Der Kommandeur des nationalistischen Asow-Bataillons kündigte den Rückzug der ukrainischen Kämpfer aus Mariupol an**

Die oberste Militärführung der ukrainischen Nationalisten habe ihren Sicherheitskräften befohlen, durch die russischen Streitkräfte befreite Gebiet von Mariupol zu verlassen.

Die ukrainischen nationalistischen Einheiten haben begonnen, sich aus den Gebieten der Volksrepublik Donezk zurückzuziehen, erklärte der Kommandeur von "Asow" Denis Prokopenko. Er hoffe, dass alle verwundeten Kämpfer mit einem weiteren Austausch aus Mariupol evakuiert werden.

"Die Verwundeten haben die notwendige Hilfe erhalten, sie werden bei einem weiteren Austausch evakuiert und in das von der Ukraine kontrollierte Gebiet gebracht. Die Übergabe der toten Helden ist noch im Gange", sagte er.

Er äußerte auch die Hoffnung, dass die Ukraine bald "ihre Helden mit Ehren begraben" könne.



https://novorosinform.org/content/images/48/66/44866_720x405.jpg

13:25 de.rt.com: **Russlands Regierung gründet Stab zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Regionen**

Zum Wiederaufbau der während der Kämpfe beschädigten Infrastruktur des Donbass und der Ukraine soll ein Stab eingerichtet werden. Dies erklärte Russlands stellvertretender Regierungschef Marat Chusnullin. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert seine Aussage wie folgt:

"Ein Arbeitsplan wurde festgelegt, wir haben einen speziellen Stab gegründet, der alle zuständigen Behörden umfasst."

Chusnullin bemerkte, dass bereits jetzt russische Spezialisten in den Donbass-Republicen dabei sind, den Umfang der Bauarbeiten einzuschätzen. Er erklärte:

"Die Arbeiten entfalten sich gerade im vollen Umfang. Wir werden alle Straßen und zerstörte Wohnhäuser wieder aufbauen. Der zweite Schritt ist der Wiederaufbau der Wirtschaft. Wir haben eine ganze Reihe von Initiativen vorbereitet, um die Wirtschaft schnellstmöglich anzukurbeln und das Finanzsystem aufzubauen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6287634248fbef4d031c9a77.jpg>

13:45 de.rt.com: **Medienbericht: Russland wird in diesem Jahr 100 Milliarden US-Dollar für Gasverkäufe nach Europa einnehmen**

Angesichts der stark gestiegenen Preise auf Energieressourcen könnte Russland in diesem Jahr durch seine Gasverkäufe an europäische Länder einen Rekordbetrag von 100 Milliarden US-Dollar einnehmen. Diese Prognose wurde von Analysten der Citibank abgegeben, wie die Zeitung Les Echos berichtet.

Den veröffentlichten Daten zufolge fallen die voraussichtlichen Einnahmen aus dem Gasverkauf 2022 fast doppelt so hoch aus wie im vergangenen Jahr. Gleichzeitig werden in der Analyse jedoch nicht die finanziellen Erlöse aus dem Verkauf von Öl, Kohle und anderen Mineralien berücksichtigt.

Die Publikation stellt fest, dass – trotz Sanktionen, lautstarker Erklärungen und Versprechen, ein Embargo zu verhängen – 27 EU-Länder täglich 200 Millionen US-Dollar an Gazprom überweisen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62876abc48fbef4c2a46a443.jpg>

14:10 de.rt.com: **Schoigu: Befreiung der Volksrepublik Lugansk steht kurz vor dem Abschluss**

Die russische Armee baut gemeinsam mit Einheiten der Volksmilizen der LVR und der DVR die Kontrolle über die Gebiete im Donbass weiter aus, und die Befreiung der Volksrepublik Lugansk steht kurz vor dem Abschluss. Dies erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu. Am Freitag sagte er vor dem Kollegium des russischen Verteidigungsministeriums:

"Gruppierungen der russischen Streitkräfte sowie Einheiten der Volksmilizen der Volksrepubliken Lugansk und Donezk weiten die Kontrolle über die Gebiete des Donbass aus. Die Befreiung der Volksrepublik Lugansk steht kurz vor dem Abschluss."

Der russische Verteidigungsminister sagte auch, dass "ein anmaßender Versuch der ukrainischen Streitkräfte, die Schlangeninsel am Vorabend des Tages des Sieges einzunehmen, völlig fehlgeschlagen ist." Laut Schoigu habe das russische Militär in drei Tagen über 50 Kämpfer der ukrainischen Eliteeinheiten ausgeschaltet und vier feindliche Flugzeuge, zehn Hubschrauber, 30 Drohnen und drei Boote der ukrainischen Streitkräfte zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62876a17b480cc6f9c218368.jpg>

14:30 de.rt.com: **Lawrow: Alle Befürchtungen bezüglich der Pläne des Westens für die Ukraine bestätigen sich**

Alle Befürchtungen Moskaus im Hinblick auf die Pläne des Westens mit der Ukraine hätten sich bestätigt. Das sagte der russische Außenminister, Sergei Lawrow, am Freitag auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem malischen Außenminister Abdoulaye Diop.

Lawrow erklärte:

"Wir haben unsere malischen Freunde heute im Detail daran erinnert, was in der Ukraine in den letzten langen Jahren tatsächlich passiert ist, einschließlich der acht Jahre, in denen sich die Ukraine kategorisch geweigert hat, die Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Beilegung des Konflikts im Donbass umzusetzen. Wir erklärten ihnen noch einmal die Gründe, warum wir keine andere Wahl hatten, als eine militärische Sonderoperation zu starten, bei der sich übrigens alle unsere Befürchtungen über das, was der Westen mit der Ukraine vorhat, hundertprozentig bestätigt haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6287782e48fbef4c370d5262.jpg>

14:50 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Generalmajor Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, hat am Morgen des 20. Mai einen neuen Bericht über den Stand der russischen Militäroperation in der Ukraine erstattet. Im Laufe des Tages seien vier Kontrollpunkte, 45 Konzentrationspunkte für Personal und militärische Ausrüstung sowie sieben Munitions- und

Treibstoffdepots der ukrainischen Streitkräfte in Bachmut, Berestowo, Soledar, Pokrowskoje, Konstantinowka und Masljakowka in der Volksrepublik Donezk von Raketen getroffen worden.

Konaschenkow berichtete zudem, dass die russische Armee ein Osa-AKM Flugabwehrraketensystem bei Sewersk und ein S-300-Radar der ukrainischen Streitkräfte bei Barwenkowo im Gebiet Charkow zerstört habe. Zudem flog die russische Luftwaffe Schläge gegen drei Kontrollpunkte und 47 Gebiete, wo sich Personal und Ausrüstung konzentrierten, tötete dabei mehr als 280 Nationalisten und machte 59 Ausrüstungsgegenstände unbrauchbar. Russische Rakentruppen und Artillerie trafen zwölf Kontrollpunkte, 213 Konzentrationspunkte für Personal und Ausrüstung, 24 Artillerieeinheiten in Stellungen und drei feindliche Munitionsdepots in der Nähe von Tschugujew im Gebiet Charkow. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums fügte auch hinzu, dass die russische Luftabwehr zehn ukrainische Drohnen in der Nähe von Barwinka, Tschernobajewka und Lasurny (Gebiet Cherson) sowie in der Nähe von Granowo, Malyje Prochody, Nowyje Gnilizy und Tschkalowskoje (Gebiet Charkow) abgeschossen habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62877a9148fbef4c370d526b.jpg>

15:15 de.rt.com: **Kreml-Pressesprecher Peskow sieht keinen Sinn in Wiederaufnahme des Normandie-Formats**

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, hat der Nachrichtenagentur TASS zufolge erklärt, dass er keinen Sinn in einer Wiederaufnahme von Verhandlungen im sogenannten Normandie-Format sieht. Das Verhandlungsformat unter Einbezug Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine sei speziell zur Umsetzung der Minsker Abkommen geschaffen worden. Nachdem die Abkommen de facto hinfällig geworden seien, habe eine Wiederherstellung des Normandie-Formats zur Schaffung von Frieden in der Ukraine keinen Zweck, sagte Peskow:

"Das Normandie-Format wurde zum Zweck der Umsetzung der Minsker Abkommen geschaffen und arbeitete fortan dafür. Da die Minsker Abkommen nicht mehr existieren und nicht mehr möglich sind, stellt sich die Frage – wozu?"

Am 21. Februar hatte Russlands Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die Minsker Abkommen nicht mehr umsetzbar seien, und die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anerkannt.

15:35 de.rt.com: **Erdoğan kündigt Gespräche mit Finnland an**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan will mit der finnischen Regierung über deren Plan eines NATO-Beitritts sprechen. Man habe bereits Gespräche mit der niederländischen Regierung geführt, am Samstag wolle man mit Helsinki und London telefonieren, sagte Erdoğan am Freitag. Das tue er aber nur, um die Telefon-Diplomatie aufrechtzuerhalten.

Die Türkei blockiert derzeit die NATO-Bewerbungen Finnlands und Schwedens. Die Regierung in Ankara macht Sicherheitsbedenken wegen der angeblichen Unterstützung beider Länder für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und die Kurdenmiliz YPG in Syrien geltend. Erdoğan sagte erneut:

"Wir können nicht Ja dazu sagen, so eine Terrororganisation in die NATO aufzunehmen." Einmal mehr warf er Finnland, Schweden, aber auch Deutschland und anderen europäischen Ländern vor, nicht entschieden genug gegen "Terrororganisationen" vorzugehen. Die Türkei sieht die YPG als syrischen Ableger der PKK, die in der Türkei, Europa und den USA als Terrororganisation gilt. Die YPG ist jedoch eine Verbündete der USA in Syrien. Ankara drängt immer wieder auf Anerkennung der Miliz als Terrororganisation.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62878c2e48fbef4c370d527f.jpg>

16:40 (15:40) novorosinform.org: **Sergej Wolynskij, Kommandeur einer Brigade der ukrainischen Streitkräfte, ergab sich bei „Asowstal“**

Der Kommandeur 36. Marinebrigade der Streitkräfte der Ukraine, Sergej Wolynskij mit dem Spitznamen Wolyn, verließ das Gelände des Asowstal-Werks in Mariupol, berichtet die Korrespondentin von Kanal Eins, Irina Kuksenkowa.

Kuksenkowa [schrieb](#) darüber in ihrem Telegram-Kanal.

Laut der Korrespondentin verließ Wolyn das Gelände von Asowstal allein, ohne seinen ständigen Partner in Videobotschaften, den stellvertretenden Kommandeur des Asow-Regiments Sjatoslaw Palamar mit dem Spitznamen Kalina.

"Die Meeresbrise hat seinen Bart leicht zerzaust. Er sah fast frisch aus, er hat seine Waffen abgegeben, es wurde kontrolliert - im Grunde hat er die Standardprozedur durchlaufen, bevor er in den Bus geladen wurde", schrieb die Journalistin.

Kuksenkowa bemerkte auch, dass der Prozess der "bedingungslosen Evakuierung in die Gefangenschaft" weitergehe und planmäßig verlaufe.



https://novorosinform.org/content/images/48/80/44880_720x405.jpg

15:45 de.rt.com: **Ukraine soll im Juli erste Gepard-Panzer aus Deutschland erhalten**

Noch im Sommer wird die deutsche Rüstungsindustrie der Ukraine eine zweistellige Zahl von Gepard-Panzern liefern. Ein möglicher Einsatzzweck: "Der Schutz von kritischer Infrastruktur gegen russische Angriffe".

Die Ukraine erhält im Juli die ersten 15 Flugabwehrkanonenpanzer "Gepard" aus Beständen der deutschen Rüstungsindustrie, wie die dpa am Freitag vermeldete. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) mit ihrem ukrainischen Amtskollegen, Alexei Resnikow, am Freitag, wie die Nachrichtenagentur aus Berlin erfuhr. Zu dem Paket gehören demnach auch Ausbildungsunterstützung durch die Bundeswehr, die Bereitstellung von knapp 60.000 Schuss Munition sowie eine Lieferung von weiteren 15 Panzern noch im Sommer.

"Ich habe heute mit meinem ukrainischen Kollegen Resnikow gesprochen, und er hat ausdrücklich nochmals bestätigt, dass die Ukraine die schnellstmögliche Lieferung von Gepard-Flugabwehrpanzern einschließlich der vorhandenen 59.000 Schuss Munition aus Deutschland wünscht", erklärte Lambrecht nach der Videoschalte mit Resnikow.

Nachdem in Deutschland eine Zeitlang politisch um die Lieferung schwerer Waffen gerungen worden war, hatte der Hersteller Krauss-Maffei Wegmann von der Bundesregierung grünes Licht für den Verkauf der technisch aufgearbeiteten Flugabwehrpanzer aus früheren Bundeswehr-Beständen erhalten. Der Rüstungskonzern verfügt über eine mittlere zweistellige Zahl aus der aufgelösten Heeresflugabwehr der Bundeswehr – die Rede ist von insgesamt 50 Panzern. Der Gepard kann auch im Kampf gegen Bodenziele eingesetzt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62879da248fbef4c2a46a488.jpg>

16:00 de.rt.com: **Putin: Im Informationsraum wird ein Krieg gegen Russland geführt**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mitgeteilt, dass im Informationsraum ein Krieg gegen Russland geführt werde. Dies sagte er bei einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Der Präsident erklärte:

"Die Zahl der Cyberangriffe hat in den letzten Jahren zugenommen, aber mit dem Beginn der Sonderoperation sind die Herausforderungen noch größer geworden. Im Informationsraum ist ein Krieg gegen Russland entbrannt. Die Zahl der Cyberangriffe hat sich vervielfacht. Sie werden von verschiedenen Staaten aus gestartet. In der Tat handelt es sich dabei um Maßnahmen staatlicher Strukturen. Es werden Versuche unternommen, kritische Infrastrukturen auszuschalten. Der Zugang zu russischen Internetressourcen wird blockiert, Informationen werden durch Fälschungen ersetzt oder unzugänglich gemacht. Beschränkungen für ausländische Software sind zu einem der Instrumente des Sanktionsdrucks geworden."

Dennoch glaubt Putin, dass die Cyber-Aggression gegen Russland ebenso wie die Sanktionen

gescheitert sei. Das russische Staatsoberhaupt stellte fest:
"Im Großen und Ganzen waren wir auf diesen Angriff vorbereitet. Wir haben es geschafft, unsere eigenen einzigartigen Technologien zu entwickeln."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6287981048fbef4c5859eca2.jpg>

17:33 (16:33) ria.ru: **Ermittler des Untersuchungsausschusses haben Mariupol humanitäre Hilfe geliefert**

Die Ermittler des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation haben humanitäre Hilfe nach Mariupol geliefert, berichtet der Korrespondent von RIA Novosti.

In einem der Wohnviertel, im Hof des Hauses im Prospekt der Metallurgen 127 A, verteilen die Ermittler des RF-Untersuchungsausschusses Brot, Kekse, Trinkwasser und Süßigkeiten für Kinder. Insgesamt wurde etwa eine Tonne humanitärer Fracht geliefert. Hilfe erhielten etwa 500 Menschen – darunter die Bewohner benachbarter Häuser.

Zusätzlich setzte das Untersuchungskomitee der RF neben der mobilen Verteilungsstelle für humanitäre Hilfe eine Feldküche ein. Dort bekam jeder, der kam, einen Soldatenbrei mit Fleisch und heißem Tee.

Zum Zeitpunkt der Proklamation der DVR im Jahr 2014 war Mariupol mit einer Bevölkerung von etwa 450.000 Menschen die zweitgrößte Stadt der Republik nach Donezk, aber im Juni desselben Jahres erlangten die ukrainischen Streitkräfte die Kontrolle über Mariupol zurück. Am 7. März, 12 Tage nach Beginn der russischen Spezialoperation zur Entmilitarisierung der Ukraine, verkündete der stellvertretende Kommandeur des Wostok-Bataillons, Alexander Semjonow, die Umzingelung der Stadt und den Beginn der Säuberung der einzelnen Bezirke. Am 16. April gab der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, bekannt, dass das gesamte Stadtgebiet von der ukrainischen Armee, ausländischen Söldnern und Neonazis des Asow-Regiments (gegen dessen Kämpfer in Russland ein Strafverfahren eingeleitet wurde) geräumt worden sei. Die Reste der ukrainischen Gruppierung sind im Asowstal-Werk blockiert und weigern sich zu kapitulieren. Von dort sich bereits mehr als 1.900 Menschen ergeben, sagte der russische Verteidigungsminister Armeegeneral Sergej Schoigu am Freitag. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/05/10/1788781377_0:0:3041:1712_1280x0_80_0_0_c03c9a9962b3b63ea0914b3cf71fe463.jpg

16:40 de.rt.com: **Russischer Rüstungsexporteur: Hubschrauber spielen führende Rolle im Ukraine-Konflikt**

Aufklärungs- und Kampfhubschrauber vom Typ Ka-52 spielen eine führende Rolle beim russischen Militäreinsatz in der Ukraine. Dies erklärte der Oberhaupt des russischen staatlichen Rüstungsexporteurs "Rosoboronexport", Alexander Michejew, während der Ausstellung "Helirussia-2022". Die Nachrichtenagentur TASS zitiert ihn wie folgt:

"Russische Kampfhubschrauber vom Typ [Ka-52](#), [Mi-28N](#) und Mi-8AMTsch werden erfolgreich eingesetzt. Die führende Rolle in der Fliegertruppe spielen Aufklärungs- und Kampfhubschrauber vom Typ Ka-52, die an der Spitze von taktischen Kampf- und Transporthubschraubergruppen eingesetzt werden."

Laut Michejew werde die Effektivität der Ka-52 Hubschrauber durch gute Flugeigenschaften, integrierte radio-elektronische Ausrüstung sowie nicht zuletzt durch starke Bewaffnung und Panzerung erreicht.

Am Morgen des 20. Mai hatte Russlands Verteidigungsministerium ein Video veröffentlicht, das Hubschrauber der Typen Ka-52 und Mi-28 im Einsatz zeigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628792e348fbef4c2a46a476.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Funktion des Zugangsknotens zum Internet in Mangusch wiederhergestellt, eine Basisstation in Betrieb genommen und modernisiert. In Priwolnoje und Donskoje wurden auch Stationen modernisiert. An den Basisstationen in Mariupol, Sartana und Nowotroizkoje wurden Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Klimakontrolle durchgeführt.

Außerdem wurden die Basisstationen von Mariupol, Ursuf, Melekino und Belosarajskaja Kosa mit der technischen Möglichkeit zur Fernwartung versehen.

In Wolnowacha wurde eine Datenkanal für den Operator mit einer Bandbreite von 1 Gb/s in Betrieb genommen; es wurden Arbeiten zum Wiederaufbau er Faseroptikkabel Donezk – Mariupol durchgeführt – es wurden Kabel in einer Länge von 94 Metern gelegt und 2 optische Kopplungen montiert.

In Sartana wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 47 Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Auf die Listen des Arbeitsamts wurden 172 Personen aufgenommen, 3576 nahmen befristete Arbeitsverträge an.

Spezialisten der Republikanischen Zentralbank boten in Wolnowacha, Mangusch und Wolodarskoje Bankdienstleistungen für die Bevölkerung an. In Wolodarskoje wurde ein Bankomat in Betrieb genommen.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1500 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 8 Hektar Territorium und 900 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 428 explosive Objekte entdeckt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 6447 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Andrejewka wurden 36 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Sartana 64.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser geliefert.

In den befreiten Territorien wurden mehr als 10 Tonnen Brot produziert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:05 de.rt.com: **McDonald's wird Ende Juni unter einer neuen Marke in Russland eröffnen**

Die Eröffnung von McDonald's in Russland unter der neuen Marke werde für Ende Juni bis

Anfang Juli erwartet, eine Vereinbarung zum Verkauf des Geschäfts an einen russischen Franchisenehmer wurde bereits getroffen. Dies hat Michail Burmistrow, Hauptgeschäftsführer von INFOline-Analitika, einer führenden Analyseagentur für den russischen Verbrauchermarkt, mitgeteilt. Er sagte:

"Das Verkaufsgeschäft wurde bereits eingeleitet. Die Eröffnung der Restaurants ist für Juli geplant."

Gleichzeitig stellte Burmistrow klar, dass die Einrichtungen möglicherweise bereits Ende Juni öffnen könnten.

Zuvor am Freitag hatte Wiktor Jewtuchow, der stellvertretende Leiter des russischen Ministeriums für Industrie und Handel, erklärt, das russische McDonald's werde die alten Rezepte der Gerichte unter der neuen Marke wahrscheinlich beibehalten.

Am Donnerstag war bekanntgeworden, dass McDonald's sein Russlandgeschäft an den derzeitigen Lizenznehmer Alexander Gowor verkauft, der die Restaurants unter der neuen Marke führen wird. Das US-Unternehmen teilte mit, dass die erforderlichen Genehmigungsschritte in den kommenden Wochen abgeschlossen würden. Die Vereinbarung sehe unter anderem vor, dass alle Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze zu gleichwertigen Bedingungen für mindestens zwei Jahre behalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6287adebb480cc39b42ea138.jpg>

18:24 (17:24) novorosinform.org: "**Asowzy**" **bitten und betteln schon lange um Kapitulation – Militärkorrespondent**

In Kiew lügen sie, dass sich die Kämpfer des Asowschen Regiments auf Befehl des Oberbefehlshabers ergeben hätten, so der Kriegsberichterstatter und Kämpfer des Wostok-Bataillons Wladlen Tatarski.

Die Berichte der ukrainischen Seite, dass die Mariupoler Garnison der Streitkräfte der Ukraine auf Befehl Kiews die Waffen niedergelegt habe, entsprechen nicht der Realität, [erklärte](#) Wladlen Tatarski in einem Video für den Telegram-Kanal „Woenkor Kitten Z“.

"Die Leute ergeben sich einfach, es gibt keine anderen Bedingungen. Sie bitten und betteln schon lange Zeit um Gefangenschaft. Wenn sie sagen, dass "wir uns auf Befehl des Oberbefehlshabers ergeben haben", ist das nur eine Lüge", sagte der Korrespondent.

Er fügte hinzu, dass zuvor ukrainische Nationalisten, die sich in den Kerkern von Asowstal versteckt hatten, „Delegationen“ entsandten, um sich zu ergeben.



https://novorosinform.org/content/images/48/86/44886_720x405.jpg

Dan-news.info: Mitteilungen des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR.

Im Zeitraum vom 13.05.2022 bis 19.05.2022 wurden auf dem Territorium der DVR 516 Angehörige der militärischen Strukturen und 44 Zivilisten verletzt. Im gleichen Zeitraum wurden 108 Angehörige der militärischen Strukturen und 10 Zivilisten getötet.

abends:

18:10 de.rt.com: **Finnland pachtet schwimmendes LNG-Terminal von den USA**
Social-Media-Kanäle [berichten](#), dass Finnland ein schwimmendes LNG-Terminal von den USA gepachtet habe, um unabhängig von Gaslieferungen aus Russland zu werden. Wann das Terminal zur Verfügung stehen und betriebsbereit sein wird, ist vorerst noch unklar. "Gazprom Export" stellt die Gaslieferungen an das finnische Unternehmen "Gasum" ab dem 21. Mai ein, bis die Zahlung in Rubel erfolgt, so das Unternehmen (RT DE berichtete).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6287b770b480cc03e30f073d.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 20.05.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 160 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen

Aggression **starb ein Zivilist und 3 wurden verletzt**. 14 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Russischen Föderation und der Donezker Volksrepublik führen erfolgreiche gemeinsame Handlungen in Richtung Donezk im Gebiet von Awdejewka, Marjinka und Gorlowka zur Vernichtung von Befestigungsanlagen der ukrainischen Nationalisten durch. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten mehr als 20 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition einer 122mm-Haubitze D-30, einen Panzer und 2 Schützenpanzer vernichtet. Ein Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen, ein Abwehrgeschütz SU-23-2 und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Artillerieeinheiten sind weiter aktiv zur Vernichtung von Feuerstellungen des Gegners und von Technikansammlungen, sie vernichten Unterstände und überdeckte Gräben. Die Kommandeure der Einheiten führen sachkundige Arbeit zur Entdeckung und Vernichtung von Beobachtungsposten und Feuerstellungen des Gegners durch.

Die durchgeführten Maßnahmen erlauben es, die Verluste unter der Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium zu minimieren und den ukrainischen Kämpfern nicht die Möglichkeit zu geben, sich in Häusern festzusetzen, wie dies in Mariupol der Fall war.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 27 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 120 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 5. April 2022, beim Kampf zur Befreiung von Mariupol, blockierten Nationalisten mit Unterstützung eines Schützenpanzers eine Sturmgruppe unserer Truppen, schossen zielgerichtet auf unsere Kräfte und erlaubten es ihnen nicht, sich umzugruppieren und die Offensive fortzusetzen. Als Oberfeldwebel Denis Nikolajewitsch Schwez die schwere Lage seiner Kameraden sah, konnte er unter Gefahr für sein Leben unter nicht endendem Feuer des Gegners den Gegner von der Flanke umgehen, nahm eine Feuerposition ein und vernichtete mit einem zielgerichteten Schuss mit einer Antipanzerlenkrakete den Schützenpanzer der Nationalisten. Dank des Könnens von Oberfeldwebel Denis Nikolajewitsch Schwez rief der Treffer auf den Schützenpanzer eine Detonation der Munition des Panzergeräts des Gegners aus und vernichtete und verletzte so mehr als eine Abteilung an Personal des Gegners. Durch sein selbstloses Vorgehen, dank genauer Berechnung und sachkundigen Handlungen verhinderte er Tod und Verletzung von Soldaten der Einheit und ermöglichte es der Sturmgruppe die Offensivhandlungen weiterzuführen und erfolgreich die Kampfaufgabe auszuführen.

18:35 de.rt.com: **Düngerexporte aus Russland sinken drastisch**

Der Export von Düngemitteln über die russische Eisenbahn ist im April gegenüber März um elf Prozent auf 1,9 Millionen Tonnen gesunken, wie eine mit den staatlichen Daten vertraute Quelle gegenüber Interfax erklärte. Von den größten Düngemittelherstellern waren Uralkali und UralChim (minus 77 bzw. 48 Prozent gegenüber März) am stärksten betroffen. Insgesamt gingen die russischen Düngemittelausfuhren im Zeitraum zwischen Januar und April im Vergleich zum Vorjahr um fast 23 Prozent zurück und beliefen sich auf 9,9 Millionen Tonnen. Die Preise für Stickstoffdünger sind im letzten Monat weltweit um 24 Prozent gefallen, was auf einen Rückgang der Kundenaktivitäten zurückzuführen ist, so die Analysten. Auch bei

Phosphaten kam es zu einer Korrektur, wobei die Preise für Kalidünger angesichts der Sanktionen gegen Belaruskali, auf das rund 20 Prozent der weltweiten Exporte entfallen, auf historischen Höchstständen verharren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6287bf6f48fbef4aa86efc43.jpg>

18:44 de.rt.com: **Raisi: Iran strebt engere Beziehungen zu Kuba an**

Bei einem Besuch des stellvertretenden kubanischen Ministerpräsidenten in der iranischen Hauptstadt bekräftigten beide Seiten ihren Wunsch nach engeren Beziehungen. Insbesondere die Kooperation im Gesundheitsbereich wird als fruchtbares Feld ins Visier genommen.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat am Mittwoch bei einem Treffen mit dem stellvertretenden kubanischen Ministerpräsidenten Ricardo Capricas in Teheran erklärt, dass sein Land engere Beziehungen zu Kuba anstrebe, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim schrieb. Der iranische Präsident betonte die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den lateinamerikanischen Staaten und Iran. Zudem bekräftigte Raisi die Entschlossenheit seines Landes, die Beziehungen mit "unabhängigen" und "widerstandsfähige" Staaten wie Kuba gegen die "globale Arroganz" zu festigen.

Der iranische Staatschef nannte die bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und Iran "strategisch" und fügte hinzu:

"Wir sollten die verschiedenen Potenziale der beiden Länder für die Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Landwirtschaft und Gesundheit nutzen."

Die positiven und konstruktiven bilateralen Beziehungen zwischen Iran und Kuba könnten auf die Interaktionen zwischen beiden Staaten auf der internationalen Ebene ausgeweitet werden, so Raisi.

Raisi zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen des Treffens der Gemischten Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Kuba und fügte hinzu:

"Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Bereich der Gesundheit hat ein großes Potenzial für eine Ausweitung. Iran und Kuba können eine Selbstversorgung erreichen, indem sie sich in verschiedenen Bereichen und bei strategischen Produkten auf die einheimische Kraft stützen."

In Bezug auf die Bereiche und Kapazitäten der Zusammenarbeit Irans mit den lateinamerikanischen Ländern sagte der Präsident:

"Es ist sehr wichtig für Iran, die Beziehungen zu Lateinamerika zu entwickeln, insbesondere zu unabhängigen Ländern und Ländern wie Kuba, die sich gegen die Arroganz des globalen arroganten Regimes stellen."

Der stellvertretende kubanische Ministerpräsident bekundete seinerseits den Wunsch seines Landes, die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Iran auszubauen.

Capricas bezeichnete die politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen

zwischen Teheran und Havanna ebenfalls als strategisch und tiefgreifend und sagte:
"Mit kurz-, mittel- und langfristigen Plänen können die Beziehungen zwischen Iran und Kuba
von der Ebene der bilateralen Beziehungen zu multilateralen Interaktionen in der
lateinamerikanischen Region aufgewertet werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6287b3da48fbef0c1031b309.jpeg>